AfD – UNBEQUEM. ECHT. MUTIG.

Berlin braucht Blau.

Das Wahlprogramm der AfD Berlin

Alternative für Deutschland

Landesverband Berlin

afd-berlin.de

Impressum: AfD Landesverband Berlin, Schillstraße 9, 10785 Berlin

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 4

1. Präambel 5
2. Familie und Kinder 7
3. Schule, Hochschule und Forschung 9
4. Innere Sicherheit und Justiz 13
5. Einwanderung und Integration 17
6. Wohnen, Verkehr und Städtebau 22
7. Finanzen, Verwaltung und direkte Demokratie 26
8. Arbeit und Soziales 28
9. Wirtschaft 30
10. Energie 32
11. Gesundheit 33
12. Kultur und Medien 35
13. Natur und Umwelt 36

Vorwort

Liebe Berlinerinnen, liebe Berliner,

die AfD hat ihre Hausaufgaben gemacht! Mit ihrem neuen Programm steht sie deutlich für eine bessere, zukunftsorientierte Politik, die die Lebensinteressen der deutschen Familie wieder in den Mittelpunkt rückt.

Wir sind eine normale Partei des demokratischen Spektrums, die sich im Unterschied zu den Altparteien traut, deutlich zu sagen, was die Leute bewegt, was sie besorgt. Der Blick auf die Wirklichkeit braucht bei uns keine Altersfreigabe und mündige Bürger kommen ohne ideologische Bevormundung aus. Dass der Islam eben nicht zu Deutschland gehört – und dass wir in Berlin den Ruf des Muezzins nicht fünfmal am Tag hören wollen –, geht Hand in Hand mit unserer Forderung nach höheren Sicherheitsstandards und einer Beendigung des Asylchaos.

Die von der AfD kritisierten Missstände in Deutschland wären aber nichts ohne unsere Vorschläge, von denen der Bürger sofort profitiert. Die AfD kämpft KONKRET für

- eine steuerliche Entlastung von Eltern
- bezahlbaren Wohnraum und eine leistungsfähige Infrastruktur
- für eine Stärkung mittelständischer Unternehmen
- eine Beendigung des Dämmwahns und anderer energieverteuernder Maßnahmen
- mehr Polizeibeamte und eine bessere Ausstattung der Justiz
- den Erhalt naturnahen Lebensraums
- mehr direkte Demokratie (d. h. Volksbefragungen)
- die Abschaffung der GEZ-Gebühren
- last, not least: freies WLAN in der gesamten Stadt.

Lesen Sie einfach unser Programm. Es gibt schnell und unkompliziert Aufschluss über das, wofür wir stehen und was wir wollen. Die AfD ist bereit zu handeln, für die Bürger und getreu unserer Devise – Unbequem. Echt. Mutig.

Ein neuer Tag ist angebrochen – für die Hauptstadt und ihre Bürger, die etwas besseres verdient haben als eine Stadt im ewigen Ausnahmezustand!

Georg Pazderski, Jahrgang 1951, ist Diplom-Betriebswirt und war 41 Jahre Berufsoffizier. Er hat der Bundesrepublik Deutschland auf allen Ebenen im nationalen und internationalen Bereich gedient, zuletzt im Rang eines Oberst im Generalstabsdienst. International war er 14 Jahre von der operativen bis zur politisch-strategischen Ebene eingesetzt und verfügt daher über große Einsatzerfahrung. Seit Juli 2015 ist Georg Pazderski Mitglied des Bundesvorstands der Alternative für Deutschland. Er ist zugleich Landesvorsitzender der AfD in Berlin und Spitzenkandidat der AfD für die Abgeordnetenhauswahl am 18. September 2016.

1. Präambel

Berlin braucht Blau

Seit Jahrzehnten regieren SPD, CDU, Grüne und Linke unsere Stadt. Die Koalitionen wechseln, aber die Probleme bleiben.

Wer die Zukunft Berlins mitgestalten will, muss den Mut haben, die Menschen in unserer Stadt ernst zu nehmen und unbequeme Wahrheiten offen auszusprechen.

Die Politik des Senats und der bislang im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien war in den zurückliegenden Jahren von einer beispiellosen Arroganz der Macht gekennzeichnet, sei es in der Asyl- und Flüchtlingspolitik, bei der Vernachlässigung der inneren Sicherheit, der Misswirtschaft beim Flughafenbau oder beim Chaos in den Bürgerämtern.

Aber Resignation und Nichtwählen war gestern. Jetzt gibt es endlich eine Alternative für Berlin, die Alternative für Deutschland. Die AfD hat knapp drei Jahre nach ihrer Gründung die politische Landschaft durcheinandergewirbelt. Landauf und landab werden die Themen der AfD diskutiert. Die Politik ändert sich. Die AfD wirkt.

Das Erfolgsrezept der AfD ist kein Geheimnis. Statt wie SPDCDUGrünLINKS die Wähler zu bevormunden und zu „erziehen", hören wir den Bürgern zu und greifen das auf, was die Menschen bewegt. Wir können das, weil unsere Mitglieder und unsere Kandidaten Bürger unter Bürgern sind. Sie sind Arbeitnehmer und Freiberufler, Mütter und Väter, Rentner und Studenten. Die AfD ist eine Volkspartei, die Menschen aus allen Schichten und Altersgruppen, Menschen mit unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft und aus allen Stadtteilen anspricht. Unsere Kandidaten für das Abgeordnetenhaus und für die Bezirke kennen die Situation in Berlin, weil sie täglich mit vielen Menschen im Kontakt sind und die Probleme der Stadt selbst erfahren. Unsere erste Sorge gilt den Menschen, die in dieser Stadt leben und hier ihre Heimat haben. Sie fordern zu Recht, dass man ihnen zuhört und sie gerecht behandelt.

Das Programm der AfD steht unter dem Motto „Berlin braucht Blau".

Eines unserer zentralen Anliegen ist es, die erstarrte Parteiendemokratie durch mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie wieder mit Leben zu erfüllen. Wir vertrauen dem Urteilsvermögen und der Eigenverantwortung der Berliner. Wir wollen den Menschen Mut machen, sich in die Politik einzumischen. Dazu brauchen wir keine Sprach- und Denkverbote, sondern die Bereitschaft zum Selbstdenken und den Mut zum Widerspruch.

DIE AfD – UNBEQUEM. ECHT. MUTIG. Das ist unser Anspruch. Daran wollen wir uns messen lassen. Nach zwei Jahren intensiver Debatten unserer Mitglieder in den Bezirken und in den Landesfachausschüssen der AfD haben wir uns ein Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl am 18. September 2016 gegeben. Unser Programm hat Ecken und Kanten, an denen sich die anderen Parteien kräftig reiben werden. Es steht gegen weltfremde Ideologien und jedwede Form von Extremismus; unser Programm steht für gesunden Menschenverstand.

Wir sagen in unserem Programm deutlich, was Berlin braucht. Unsere Positionen sind klipp und klar:

- Berlin braucht Sicherheit
- Berlin braucht bezahlbare Wohnungen
- Berlin braucht eine neue Willkommenskultur für Kinder und Familien
- Berlin braucht ein leistungsfähiges Schulsystem
- Berlin braucht geregelte Zuwanderung statt Asylchaos
- Berlin braucht Respekt für Minderheiten, aber auch Respekt vor der Mehrheit
- Berlin braucht Meinungsvielfalt und Mitsprache der Bürger
- Berlin braucht umweltschonende, aber bezahlbare Energie
- Berlin braucht Europa, aber keinen Euro und keinen Brüsseler Zentralismus.

Dafür braucht Berlin eine neue politische Farbe im Abgeordnetenhaus.

Berlin braucht Blau

Auf der Grundlage dieses Programms führen unsere Kandidaten einen Wahlkampf für die Bürger. Auf der Grundlage dieses Programms werden wir im Abgeordnetenhaus für Sie da sein und SPDCDUGrünLINKS nicht nur kräftig in die Karten schauen, sondern auch eine Politik von Bürgern für Bürger machen. Wir werden uns als Parlamentarier guten Sachargumenten nicht verschließen. Aber uns geht die Vertretung der Bürger über die Vertretung im Senat. Wir wollen aus der Opposition heraus für unsere Stadt wirken, statt uns den Mut zugunsten von Regierungsämtern abkaufen zu lassen.

Den Berlinerinnen und Berlinern ist eines klar: Wir leiden nicht nur unter einem Regierungsversagen. Berlin leidet auch unter einem Oppositionsversagen! Wir fordern alle Wählerinnen und Wähler in Berlin auf:

Wählen Sie uns nicht, weil wir wie die anderen Parteien alles Mögliche versprechen.

Wählen Sie uns, weil wir die Dinge ansprechen, die Ihnen wichtig sind, bei denen die anderen Parteien aber der Mut verlässt.

Weil wir unbequeme Fragen stellen und ehrliche Antworten geben. Wir mögen keine politische Korrektheit und reden niemandem nach dem Mund.

Weil wir eine echte Alternative sind und uns nicht verbiegen lassen.

Weil wir unser Berlin und Deutschland stärken wollen. Die Politik darf nicht länger die Grundlagen des Wohlstands, der inneren und der sozialen Sicherheit sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt leichtfertig durch Experimente zu Lasten der Bürger aufs Spiel setzen.

- Berlin braucht Blau!
- Berlin braucht eine starke AfD!
- Wählen Sie die AfD am 18. September 2016 mit beiden Stimmen in das Abgeordnetenhaus.
- Wählen Sie die AfD am 18. September 2016 in die Bezirksverordnetenversammlungen.

2. Familie und Kinder

Für starke Familien und gegen Gender-Mainstreaming

Leitbild Familie

Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie ist der Ort, wo die wesentlichen Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, wie Menschlichkeit, gegenseitige Wertschätzung und Solidarität, gelegt sowie die Vermittlung von Werten zuallererst geprägt werden. Ohne starke Familien gibt es keine gute Zukunft für unser Land. Die AfD möchte daher „Mut zur Familie“ machen.

Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung

Deutschland hat seit Jahrzehnten eine Geburtenrate von ca. 1,4 Kindern pro Frau. Dies ist im internationalen Vergleich sehr niedrig, innerhalb Europas ist Deutschland eines der kinderärmsten Länder. Experten rechnen damit, dass bei einer unveränderten Geburtenrate die gegenwärtige Bevölkerung von ca. 81,3 Mio. Einwohnern auf knapp 69 Mio. im Jahr 2050 zurückgegangen sein wird. Nur mit einer ausreichenden Anzahl von Kindern können wir unsere demografischen Probleme überwinden und die Funktionsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme aufrechterhalten. Die staatliche Familienpolitik muss daher alles dafür tun, die bestehenden Nachteile für Familien mit Kindern zu beseitigen und den grundgesetzlich garantieren Schutz von Ehe und Familie sicherzustellen. Der Staat hat die Pflicht, Anreize und Bedingungen zu schaffen, die ein „Ja zum Kind“ ermöglichen. Elternschaft muss finanziell erleichtert, aber vor allem auch durch eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung aufgewertet werden. Einwanderung ist für uns kein zielführendes Mittel, um die demografische Krise zu bewältigen.

Steuerliche Entlastung für Eltern

Trotz aller staatlichen Leistungen für Familien mit Kindern bringen Kinder dem Staat bei einer langfristigen Betrachtung deutlich mehr ein, als sie ihn kosten. Deshalb fordert die AfD eine weitere Entlastung von Familien mit Kindern.

Wir fordern, Familien statt über Kinderfreibeträge in Zukunft über ein „Familiensplitting“ zu entlasten. Dabei wird die Steuerlast analog zum Ehegattensplitting neben den Ehepartnern auch auf die in Deutschland lebenden kindergeldberechtigten Kinder verteilt. Dadurch sollen Eltern ihre Steuerlast solange zusätzlich vermindern können, bis ihre Kinder über ein eigenes Einkommen verfügen oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben.

Berücksichtigung der Unterhaltskosten für Kinder bei den Sozialversicherungsbeiträgen

Mit den Beiträgen zur Sozialversicherung wird derzeit das gesamte Bruttoeinkommen der Eltern ohne jegliche Freibeträge belastet, da Unterhaltskosten für Kinder nicht berücksichtigt werden.

Wir treten dafür ein, dass Unterhaltskosten für Kinder in Anlehnung an die Höhe des Kinderfreibetrages vom Bruttoeinkommen der Eltern abgezogen und die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung nur auf das entsprechend verminderte Einkommen gezahlt werden müssen. Die entstehende Differenz ist vom Fiskus an die entsprechenden Sozialversicherungsträger abzuführen, sodass keine Beitragslücke entsteht.

Berücksichtigung der Erziehungsleistung bei der Rente verbessern

Arbeit ist nicht nur Erwerbsarbeit, sondern umfasst auch die Übernahme von Aufgaben in der Familie: zum Beispiel die Kindererziehung.

Wir wollen, dass die Erziehungsleistung bei der Rentenberechnung stärker berücksichtigt wird als bislang und verlangen deshalb, dass die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung von 36 auf 48 Monate erhöht wird.

Wahlfreiheit statt Kita-Pflicht

Welche Betreuungsform für Kinder am geeignetsten ist, können die Eltern am besten beurteilen. Der Staat darf seine Vorstellung von Kindeserziehung nicht an die Stelle der elterlichen Vorstellungen setzen.

Die AfD Berlin lehnt eine staatliche Bevormundung bei der Wahl der Betreuungsform ab, sei es durch gesetzliche Regelungen oder finanzielle Lenkungsmittel. Der Staat muss Rahmenbedingungen schaffen, die den Eltern unabhängig von arbeitsmarktpolitischen Erwägungen Freiheit bei der Wahl der Betreuungsform lassen.

Ausbau der Kinderbetreuung

Viele Eltern in Berlin warten lange und oftmals vergeblich auf einen geeigneten Betreuungsplatz für ihr Kind. In zahlreichen Betreuungseinrichtungen gibt es Wartelisten mit mehreren Hundert Bewerbern.

Die AfD fordert einen bedarfsgerechten Ausbau des Kita-Angebots mit flexibilisierten Betreuungszeiten sowie eine stärkere Förderung von Tagesmüttern und Betriebskindergärten.

Neue Ausbildungswege für den Beruf des Erziehers eröffnen

Erzieher tragen eine hohe Verantwortung für unsere Kinder und leisten einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft. Für den Beruf des Erziehers sind Einfühlungsvermögen, Organisationstalent, Belastbarkeit und pädagogisches Können erforderlich. Es ist aber ein Trugschluss anzunehmen, dass diese Fähigkeiten nur an einer Fachhochschule optimal vermittelt werden können.

Die AfD setzt sich daher dafür ein, dass verstärkt Ausbildungswege für Erzieher ohne Fachhochschulreife entwickelt werden.

Für eine aktive Väter- und Jungenpolitik

Die spezifischen Bedürfnisse von Jungen sind in der Vergangenheit von der Familienpolitik nicht genügend beachtet worden. Jungen brauchen positive männliche Rollenvorbilder.

Die AfD spricht sich daher für eine Erhöhung des Männeranteils im Bildungs- und Erziehungswesen aus. Dafür müssen entsprechende Anreize geschaffen werden.

Gender-Mainstreaming abschaffen

Der Staat muss in weltanschaulichen und ideologischen Fragen neutral bleiben. Dieser Grundsatz ist unvereinbar mit dem sogenannten „Gender-Mainstreaming“ als normgebender politischer Rahmensetzung für alles staatliche Handeln. Dem „Gender-Mainstreaming“ liegt die radikale Ideologie zugrunde, dass das natürliche Geschlecht ausschließlich als soziales Konstrukt zu betrachten sei, alle Unterschiede zwischen den Geschlechtern daher abzulehnen und einzuebnen seien.

Zur Durchsetzung des „Gender-Mainstreaming“ wurde ein immer umfangreicherer Regulierungs- und Kontrollapparat geschaffen, der das staatliche Handeln und die Initiative der Bürger durch eine Flut starrer Regularien und Zwänge stark behindert.

Die AfD hält die staatliche Förderung des „Gender-Mainstreaming“ für einen unzulässigen Eingriff in das private und gesellschaftliche Leben der Menschen, der überdies aus biologischen Gründen zum Scheitern verurteilt ist und eine Verschwendung von Steuergeldern darstellt. Wir fordern die Abschaffung des „Gender-Mainstreaming“ als normgebende politische Rahmensetzung für alles staatliche Handeln, insbesondere für schulische Rahmenpläne, und eine kritische Auseinandersetzung mit den zugrunde liegenden Vorannahmen zum Verhältnis der Geschlechter.

Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

Die sexuelle Orientierung ist die höchstpersönliche Privatangelegenheit eines jeden Menschen. Homosexualität ist dabei für die AfD ein selbstverständlicher Bestandteil der Bandbreite menschlicher Sexualität.

Eine Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe, insbesondere beim Adoptionsrecht, lehnen wir ab.

Schwangerschaftsberatung muss auf Schutz des ungeborenen Lebens abzielen

Die AfD dringt auf die Einhaltung der geltenden Rechtslage, nach der die Schwangerschaftskonfliktberatung vorrangig auf die Hilfe für Schwangere und den Schutz des ungeborenen Lebens abzielt. Schwangeren in Not müssen konkrete Hilfen angeboten werden, damit sie sich für ihr Kind entscheiden können. Auch über die Spätfolgen von Abtreibungen muss verstärkt aufgeklärt werden.

3. Schule, Hochschule und Forschung

Für Leistung und gegen eine ideologisierte Schul- und Hochschulpolitik

Für ein differenziertes Schulsystem

Bildung und Wissen sind die entscheidenden Ressourcen, um unseren sozialen Rechtsstaat und unseren Lebensstandard auch für künftige Generationen zu erhalten. Dieses Kapital, das in Jahrhunderten gewachsen ist, darf nicht durch eine ideologisch motivierte Bildungspolitik aufs Spiel gesetzt werden. Ohne eine gute Bildung verspielen wir die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder.

Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, sein Potential entsprechend seiner Begabungen und Neigungen auszuschöpfen. Kinder haben aber unterschiedliche Fähigkeiten und Bedürfnisse. Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns, jeden Schüler im Rahmen seiner Fähigkeiten optimal zu fördern.

Wir sprechen uns daher für den Erhalt einer differenzierten Schullandschaft in Berlin aus. Statt großer, unpersönlicher Gesamtschulen brauchen wir neben den Gymnasien und den Sekundarschulen gut ausgestattete kleine „Praxisschulen“ für Schüler mit überwiegend praktischen Begabungen. Dort soll es auch möglich sein, abschlussgefährdete Schüler in speziellen Projekten mit hohen Praxisanteilen zur Berufsschulreife zu führen, sodass möglichst jeder Schüler seine Schullaufbahn mit einem qualifizierten Abschluss beenden kann.

Wir treten für ein gegliedertes Schulsystem mit Gymnasien ein, die in Klasse 5 oder 7 beginnen. Der Übergang auf das Gymnasium sollte stärker als bislang von der schulischen Prognose abhängen.

Allen Tendenzen, die Einheitsschule und den Einheitslehrer einzuführen, werden wir uns widersetzen.

Frühförderung von Kleinkindern

Die beste Frühförderung findet in intakten Familien statt. Denn Kinder lernen am besten in einem funktionierenden Beziehungsumfeld. Nur im Falle familiärer Vernachlässigung sollte der Staat mit organisierten Frühförderungsmaßnahmen eingreifen.

Wir fordern die Wiedereinführung der Vorschule, in der Kinder grundlegende Fähigkeiten einüben können und so optimal auf den Einstieg in das Schulsystem vorbereitet werden.

Altersgerechte Sexualerziehung ohne Lobbygruppen im Unterricht

Der erzieherische Umgang mit der sich entwickelnden Sexualität von Kindern und Heranwachsenden erfordert ein besonderes Maß an Sensibilität und pädagogischem Verantwortungsbewusstsein.

Sexuelle Aufklärung muss altersgerecht erfolgen und hat sich am Entwicklungsstand der Kinder zu orientieren. Der Sexualkundeunterricht an Schulen darf nicht von Lobbygruppen sexueller Minderheiten durchgeführt werden oder auf deren Lehrmaterialien aufgebaut sein. Er soll sich darauf beschränken, die Kinder über das Zustandekommen menschlichen Lebens, die Gefahren ansteckender Krankheiten sowie Schutzmöglichkeiten beim Geschlechtsverkehr aufzuklären, nicht zuletzt, um ungewollten Schwangerschaften vorzubeugen. Die Aufklärung über unterschiedliche Sexualpraktiken, sexuelle Wünsche oder sexuelle Orientierungen obliegt weiterhin dem Elternhaus. Eine Frühsexualisierung, die die natürlichen Schamgrenzen der Kinder verletzt, muss unterbleiben. Die Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien sind entsprechend anzupassen.

Inklusion

Nach Auffassung der AfD kann das Konzept der Inklusion (gemeinsames Lernen von Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf) das vorbildliche deutsche Sonderschulsystem nicht ersetzten. Inklusion darf weder den Schülern mit Förderbedarf noch der Gruppe, in die sie integriert werden sollen, schaden. Dies gilt vor allem bei Verhaltensauffälligkeiten und psychischen Problemen (sogenannter „emotional-sozialer Förderbedarf").

Die AfD fordert daher den Erhalt der spezialisierten Sonderschulen und des Studienprofils „Sonderschullehrer". Nur speziell ausgebildete Lehrkräfte können adäquat auf die besonderen Bedürfnisse behinderter Kinder und ihrer Familien eingehen.

Klassische Bildung stärken

Im Zuge von Bologna, Pisa und Co wurde das Bildungssystem immer stärker bürokratisiert und ökonomisiert. Für die AfD ist Bildung keine „Ware". Und Bildungsabschlüsse sind nicht ausschließlich nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit zu beurteilen. Der ganzheitliche Bildungsauftrag muss kurzfristige wirtschaftliche Nützlichkeitserwägungen übersteigen. Ziel muss die Herausbildung einer Persönlichkeit sein, die über die Schul- und Berufsqualifikation hinaus in der Lage ist, ethische und politische Abwägungen selbstverantwortlich treffen zu können.

Die AfD spricht sich für den Erhalt des klassischen Fächerangebots einschließlich der Naturwissenschaften aus. Eine Zusammenlegung etwa von Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde zu einem Verbundfach lehnen wir ab.

Wir fordern, dass weiterhin Bildungsinhalte statt leerer Kompetenzen im Mittelpunkt eines vom Fachlehrer geleiteten Unterrichts stehen sollen.

Die korrekte Beherrschung der deutschen Sprache muss neben Grundfähigkeiten im Lesen, Schreiben, Rechnen und dem Gedächtnistraining ein Unterrichtsziel in allen Schularten sein.

Wir fordern die Beibehaltung eines transparenten Notensystems anstatt der Verwässerung und Nivellierung von Leistungsunterschieden durch sogenannte „Niveaustufen".

Mehr Sport für Kinder und Jugendliche

Die Zahl der Kinder mit Bewegungsmangel und Übergewicht steigt seit Jahren stark an. Die Folge sind vermehrt auftretende Zivilisationskrankheiten und entsprechend steigende Gesundheitskosten.

Um dem entgegenzuwirken, fordert die AfD, dem Schulsport in den Lehrplänen ein größeres Gewicht einzuräumen und das Pensum ab der Grundschule auf mindestens drei Stunden pro Woche zu erhöhen. Die Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen muss nachhaltig gefördert werden, damit Kinder motiviert werden, sich auch in ihrer Freizeit sportlich zu betätigen.

Die weltanschauliche Neutralität unserer Schulen bewahren

Der Druck radikaler islamischer Strömungen auf das staatliche Schulwesen nimmt zu. Immer mehr Mädchen nehmen nicht am Schwimmunterricht teil. Schulen wurden gerichtlich gezwungen, muslimische Gebetsräume einzurichten. Eine angehende Beamtin verklagte den Staat, weil sie im Dienst ein Kopftuch tragen wollte.

Die AfD fordert, das Berliner Schulgesetz so zu ändern, dass die Beeinflussung der Schüler durch die Zurschaustellung religiöser Symbole und Handlungen außerhalb des Religionsunterrichts verhindert wird. Insbesondere müssen Lehrkräfte durch eine neutrale Kleidung der öffentlichen Bedeutung ihres Amtes gerecht werden. Das muslimische Kopftuch ist als eine Form der Frauenverschleierung mit den frauenemanzipatorischen Werten der europäischen Aufklärung unvereinbar. Die AfD fordert daher ein generelles Kopftuchverbot an Schulen und Universitäten, auch als dringend erforderliche Unterstützung muslimischer Mädchen und Frauen bei der Durchsetzung ihres Grundrechts auf Schutz vor religiöser Unterdrückung.

Schulkleidung zur Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls

Schulkleidung bietet die Möglichkeit, das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Schulgemeinschaft zu stärken. Sie verringert das Risiko sozialer Diskriminierung für solche Schüler, die sich teure „Markenklamotten" nicht leisten können (oder wollen) und wirkt der Verwahrlosung und Übersexualisierung des Kleidungsstils an Schulen entgegen.

Die AfD fordert die fakultative Einführung einheitlicher Schulkleidung an den Berliner Schulen. Dabei soll jede Schule selbst entscheiden können, ob, und wenn ja, welche Schulkleidung getragen werden soll.

Schlankheitskur für die Schulverwaltung

In der Schulbehörde arbeiten zu viele Beamte, die den Schulen mit falschen und unsinnigen Reformvorhaben und Kontrollen das Leben schwer machen.

Wir fordern, die Senatsschulverwaltung zu verkleinern und mit echten Fachleuten, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, zu besetzen. Damit wird auch die sinnlose Reformflut an den Schulen beendet.

Schulen sollen über ihre Finanzen und ihr Personal selbst bestimmen können. Dafür sind die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Für ein ausdifferenziertes Angebot beruflicher Ausbildungswege. Duale Bildung stärken

Deutschland braucht nicht nur Akademiker, sondern auch gut ausgebildete Arbeiter und Handwerker. Die Überfüllung der Berliner Universitäten gefährdet zunehmend ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit. Universitäten können nur dann nachhaltig Spitzenforschung betreiben, wenn sie nicht auch gleichzeitig den berufsspezifischen Ausbildungsbedarf breiter Bevölkerungsschichten decken sollen.

Wir fordern, neben der Universitätsausbildung das bewährte duale Bildungssystem zu erhalten und die nichtakademischen Berufe gleichwertig zu fördern. Wir setzen auf duale Bildung als das beste Mittel zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit und zur Integration breiter Bevölkerungsschichten in den Arbeitsmarkt.

Praktisch orientierte akademische Angebote (wie Fachhochschulen oder Berufsakademien) müssen weiter ausgebaut werden, um langfristig die Mehrzahl der Studienbewerber aufnehmen zu können.

Freiheit von Forschung, Lehre und Studium

Die AfD setzt sich für wettbewerbsfähige und forschungsorientierte Universitäten ein. Nur freie Forschung und Wissenschaft schaffen wissenschaftlichen Fortschritt. Universitäre Forschung darf nicht fachfremden Zwängen oder Ideologien unterworfen werden. Die Überregulierung und Verschulung der Bachelor- und Masterstudiengänge muss wieder verringert werden

Die AfD spricht sich für die Wiedereinführung bewährter Studienabschlüsse wie Magister, Staatsexamen und Diplom aus. Für uns ist der seit über einem Jahrhundert international geachtete „Dipl.-Ing." auch ein akademischer Grad mit Zukunft.

Bereiche wie Migrationsforschung und Minderheitenstudien dürfen nicht auf Kosten anderer Fächer gefördert werden und müssen allgemeingültigen wissenschaftlichen Maßstäben genügen.

Die Förderung der pseudowissenschaftlichen Geschlechterstudien (Gender Studies) ist in allen Bereichen zu beenden.

Studium mit Kind erleichtern

Die AfD setzt sich dafür ein, dass Familiengründungen während des Studiums stärker gefördert werden. Wer bereits einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss mit Kind meistert, wird auch den Übergang in den beruflichen Alltag einfacher bewältigen. Die Förderung der Entstehung von Familien und Mehrkindfamilien vor Erreichen des 35. Lebensjahres der Mutter ist auch aus medizinischer Sicht angezeigt.

Wir setzen uns für eine erweiterte Hilfestellung und für umfassende Beratungsangebote während des Studiums zu allen Fragen rund um Wohnung, Kinderbetreuung, Kinderzuschuss beim BAföG, Studienkredit etc. ein. Wir fordern für junge Eltern darüber hinaus Möglichkeiten für eine Flexibilisierung des Studien- und Ausbildungsverlaufs sowie einen erleichterten Zugang zum Fernstudium, da ein Studium mit Kind im Rahmen eines Fernstudiums leichter zu organisieren ist.

4. Innere Sicherheit und Justiz

Für mehr Sicherheit und eine wirksame Verbrechensbekämpfung

Zu den wichtigsten Aufgaben des Staates gehört es, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Das Gewaltmonopol des Staates ist dazu da, die Bürger vor Kriminalität zu schützen und das Grundrecht auf Eigentum und Unversehrtheit der Person zu garantieren. Das setzt eine handlungsfähige Polizei und ein leistungsfähiges Justizwesen voraus. In beiden Bereichen sehen wir in Berlin großen Handlungsbedarf.

Mehr Polizeibeamte und eine bessere Ausstattung von Polizei und Justiz.

Die AfD fordert, dass Polizei und Justiz zur Erfüllung ihrer Aufgaben mehr Personal und eine bessere Ausstattung erhalten.

Um den erhöhten Erfordernissen in Berlin gerecht zu werden, sprechen wir uns für die Neueinstellung von 2.000 zusätzlichen Beamten der Schutz- und Kriminalpolizei aus.

Darüber hinaus fordern wir eine Entlastung der Polizei von polizeifremden Tätigkeiten und eine Konzentration auf die Kernaufgaben der Verbrechensvorbeugung und Verbrechensbekämpfung („Schützen statt Blitzen"). Nur so kann die Leistungsfähigkeit der Polizei langfristig sichergestellt werden.

Leistungsgerechte Bezahlung der Polizei

Die AfD unterstützt die Forderung der Gewerkschaft der Polizei nach einer angemessenen und verfassungskonformen Besoldung der Berliner Beamten nach Bundesniveau.

Gewalt gegen Polizeibeamte härter bestrafen

Die Gewaltanwendung gegen Polizeibeamte hat in Berlin dramatische Ausmaße angenommen.

Wir fordern eine deutliche Verschärfung des § 113 StGB „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte", der derzeit nur die Vornahme einer Diensthandlung und nicht die hoheitliche Streifentätigkeit der Polizeibeamten schützt.

Eingefügt werden soll ein Paragraf 113a StGB, der jede Gewaltanwendung gegen Vollstreckungsbeamte im Rahmen ihrer hoheitlichen Tätigkeiten unter Strafe stellt.

Gewalttäter ausbremsen

Zum Schutz der Bürger ist es notwendig, Gewalttäter vorübergehend aus dem Verkehr zu ziehen. Die derzeitige Rechtslage setzt der Polizei hier zu enge Grenzen.

Im Zusammenhang mit Gewaltdelikten hält es die AfD für erforderlich, die zulässige Dauer einer Freiheitsentziehung gemäß § 33 Abs. 1 Nr. 3 ASOG Berlin zu erhöhen.

Regierungsaufgaben muss der Bund bezahlen

Insbesondere die Berliner Polizei wird durch Staatsempfänge und andere Regierungsaufgaben stark in Anspruch genommen.

Die AfD fordert, dass Kosten, die im Rahmen der sogenannten Regierungs- und Hauptstadtaufgaben für Berlin entstehen, künftig in voller Höhe vom Bund übernommen werden.

Kontaktbereichsbeamte

Die Polizeipräsenz sowohl in der Innenstadt als auch in den Außenbezirken ist unzureichend. „No-go-Areas" darf es in Berlin nicht geben.

Wir fordern einen verbesserten Polizeischutz in den Außenbezirken sowie die Rückkehr zu einer bürgernahen Polizeipräsenz mit örtlichen Kontaktbereichsbeamten in den Innenstadtbezirken. In besonders kritischen Bereichen ist die Polizeipräsenz deutlich zu erhöhen. Die AfD steht für eine „Null-Toleranz-Politik".

Bessere Technik für unsere Polizei

Die AfD fordert, dass technologische Innovationen zum besseren Schutz der Polizisten wie Bodycams und Taser zügig im Probebetrieb getestet und anschließend flächendeckend eingesetzt werden.

Die Videoüberwachung an ausgewählten Kriminalitätsschwerpunkten soll die Polizeiarbeit sinnvoll ergänzen.

Freiwilliger Polizeidienst zur Verstärkung und Entlastung der regulären Polizei

Die AfD setzt sich für die Wiedereinführung eines freiwilligen Polizeidienstes in Berlin ein.

Organisierte Kriminalität bekämpfen

Handlungsbedarf besteht nach Auffassung der AfD insbesondere im Bereich der organisierten Kriminalität, der Jugendkriminalität sowie der Ausländerkriminalität. Die organisierte Kriminalität stellt eine besonders schwerwiegende Gefährdung des Rechtsstaates und eine erhebliche Herausforderung für die Demokratie dar.

Kriminelle Familienclans, die in die organisierte Kriminalität verwickelt sind, sollen als kriminelle Vereinigungen eingestuft werden. Das durch organisierte Kriminalität erworbene Vermögen muss konsequent abgeschöpft werden können.

Jugendliche Intensivtäter – Schluss mit der Sozialromantik

Jugendliche Täter beginnen ihre kriminelle „Karriere" immer früher. Es ist wichtig, diese Entwicklung rechtzeitig zu erkennen und zu unterbrechen.

Wir treten deshalb für eine Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters von 14 auf 12 Jahre ein.
Das Erwachsenenstrafrecht ist grundsätzlich bereits ab 18 Jahren anzuwenden.

Wir befürworten die Ausweitung beschleunigter Verfahren im Jugendstrafrecht bei leichten und mittleren Delikten (Neuköllner Modell). Jugendrichter brauchen mehr Entscheidungsspielraum im Rahmen der freiheitsentziehenden Maßnahmen. Die Lücke zwischen Arrest und „Jugendknast" muss geschlossen werden.

Der „Warnschussarrest" soll, statt bisher vier Wochen, künftig bis zu drei Monaten möglich sein. Die Verhängung einer Jugendstrafe sollte bereits ab drei, statt wie bisher ab sechs Monaten möglich sein.

Ausländerkriminalität

Die Ausländerkriminalität bewegt sich in Berlin auf einem erschreckend hohen Niveau. Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen an allen Tatverdächtigen lag 2015 nach der Polizeilichen Kriminalstatistik für Berlin bei 40,0 %. Dabei sind deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund nicht berücksichtigt.

Die AfD fordert daher zum Schutz aller gesetzestreuen Bürger eine Verschärfung der Ausweisungsbestimmungen für ausländische Straftäter.

Eine zwingende Ausweisung halten wir bereits bei einer Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe ab einem Jahr für erforderlich, statt wie bislang erst ab 3 Jahren.

Die AfD plädiert darüber hinaus dafür, die Einbürgerung von Straftätern durch eine Ausweitung der Karenzzeiten deutlich zu erschweren.

Mut zur Wahrheit in der Kriminalitätsstatistik

Grundlage für eine problemorientierte Polizei- und Justizarbeit ist eine aussagekräftige Kriminalstatistik. Der Öffentlichkeit darf nicht weiter Sand in die Augen gestreut werden.

Deshalb fordert die AfD, die Staatsangehörigkeit und den Migrationshintergrund bei Straftätern klar zu benennen. Ebenso ist, wie bei fremdenfeindlichen, auch auf mutmaßliche deutschenfeindliche Hintergründe hinzuweisen.

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, eine Dunkelfeldstudie für nicht angezeigte Straftaten in Auftrag zu geben und zu veröffentlichen. Die Ergebnisse sollen eine verbesserte Lageeinschätzung zur Kriminalität in Berlin ermöglichen und so geeignete Gegenmaßnahmen erleichtern.

Schwerstkriminalität und Kinderpornografie effektiver bekämpfen

Die AfD setzt sich dafür ein, effektiver gegen Schwerstkriminalität und Kinderpornografie vorzugehen. Dazu sind weitreichende gesetzliche Regelungen notwendig.

Daten von Verdächtigen sollen mit Richterbeschluss über einen längeren Zeitraum gespeichert werden können, um diese im Einzelfall und unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze für Ermittlungszwecke zu verwenden. Datenschutz darf kein Täterschutz sein.

Kriminelle Familien-Clans, Rockerbanden und andere Gruppierungen mit mafiösen Strukturen stellen den Rechtsstaat in Frage, betreiben Schmuggel, Menschen-, Waffen- und Drogenhandel, sie zwingen Frauen,

Mädchen und junge Männer zur Prostitution und begehen schwere Diebstahlsdelikte und gefährliche Körperverletzungen bis hin zum Mord. Mit den erfassten Daten können Täterstrukturen besser erkannt, Bewegungsprofile erstellt und Beweismittel länger erhoben werden.

Tatverdächtige der organisierten Kriminalität sollten analog zum „Neuköllner Modell" innerhalb von 48 Stunden dem Bereitschaftsrichter zur Vorbereitung einer Hauptverhandlung vorgeführt werden.

Verbot der Straßenprostitution

Die AfD fordert eine Ausweitung des Sperrgebiets für die legale öffentliche Prostitution auf ganz Berlin (Artikel 297 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch [EGStGB]). Das Verbot zur Praktizierung der öffentlichen Prostitution soll sich dabei ausschließlich auf Straßenstriche beziehen. Die Prostitution in geschlossenen Räumlichkeiten ist davon nicht berührt.

Politischen Extremismus in jeder Erscheinungsform bekämpfen. Keinen Rabatt für Linksextremisten

Wir sprechen uns gegen jede Form von Extremismus aus. Links- und Rechtsextremismus werden von uns gleichermaßen als Gegner der freiheitlich demokratischen Grundordnung abgelehnt. Während der Rechtsextremismus zu Recht geächtet ist, wird die zunehmende Bedrohung durch den Linksextremismus häufig bagatellisiert oder gar als Mittel im „Kampf gegen rechts" toleriert.

Deshalb fordern wir eine Beendigung aller direkten und indirekten Förderprogramme für Linksextremisten und linksextremistische Organisationen. Vereine, die Kontakte zu derartigen Organisationen unterhalten, dürfen keine Steuergelder erhalten.

Wir erwarten, dass Recht und Ordnung in allen Stadtteilen Berlins konsequent durchgesetzt werden und dass es keinen Rabatt für linksextreme Straftäter gibt. Dort, wo die Sicherheitsbehörden wie in der Rigaer Straße offen angegriffen werden, muss die Polizei mit einer „Null-Toleranz-Politik" die staatliche Ordnung wiederherstellen. Rechtsfreie Räume darf es weder für Rechtsextremisten noch für Linksextremisten geben.

Religiöser Extremismus bedroht die Demokratie

Der islamistische Extremismus bedroht zunehmend unsere Sicherheit und unsere demokratische Grundordnung. Berlin hat sich zu einer Hochburg von Salafisten und Anhängern des Islamischen Staates (IS) entwickelt. Die Zahl der gewaltbereiten Salafisten in Berlin hat sich in den vergangenen Jahren vervielfacht.

Wir fordern wirksame Programme zur Bekämpfung des um sich greifenden Islamismus, die schon präventiv an den Schulen ansetzen müssen.

Der islamische Extremismus muss stärker überwacht werden, um potentielle Gefährder rechtzeitig identifizieren zu können.

Werbung für terroristische Organisationen, wie z. B. den IS, soll als Straftatbestand gewertet werden.

Die AfD spricht sich dafür aus, jede Überwachung des öffentlichen und privaten Lebens durch eine „Scharia-Polizei" zu unterbinden und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen.

Kein „kultureller Rabatt“ bei Straftaten

Der Rechtsstaat muss für alle Bürger gleichermaßen gelten. Es darf keinen „kulturellen Rabatt“ für bestimmte Straftaten, wie z. B. strafmildernde Umstände bei Ehrenmord, geben.

Der Aufbau paralleler Rechtsstrukturen durch sogenannte „Friedensrichter“ muss konsequent unterbunden werden, da sie den Rechtsstaat aushebeln.

Eine Aufweichung der bestehenden Strafgesetzgebung durch Rücksichtnahme auf Eigenheiten und Rechtsnormen aus anderen Kulturkreisen lehnen wir strikt ab.

Opferschutz geht vor Täterschutz

Die Opfer von Verbrechen werden im Zusammenhang mit Strafverfahren oft nicht genügend geschützt und unterstützt.

Die AfD fordert daher, dass die Beeinflussung und Bedrohung von Zeugen, Opfern und Beamten im Vorfeld von Strafverfahren strikt unterbunden und ihrerseits als schwere strafbare Handlungen verfolgt werden müssen.

Soweit wie möglich sollen in allen Gerichten Zeugenschutzzimmer und Vernehmungsräume mit Videotechnik eingerichtet werden, sodass in sensiblen Verfahren die direkte Konfrontation von Opfern oder Zeugen mit den Tätern vermieden werden kann.

Keine Verschärfung des Waffenrechts: Kriminelle entwaffnen – rechtstreue Bürger nicht kriminalisieren

Die AfD widersetzt sich dem Versuch, den islamistischen Terror als Vorwand für eine Einschränkung von Bürgerrechten und eine Verschärfung des Waffenrechts zu nutzen. Die Verschärfung des Waffenrechts wird nicht verhindern, dass Terroristen und andere Verbrecher illegal Waffen erwerben, damit handeln und diese nutzen. Betroffen von der Verschärfung eines ohnehin schon restriktiven Waffenrechts wären u. a. Sportschützen, Jäger und Waffensammler. Die Verschärfung des Waffenrechts wäre ein rechtlich fragwürdiger Schritt zur Überwachung, Bevormundung und Kriminalisierung unbescholtener Bürger.

5. Einwanderung und Integration

Für ein Ende des Asylchaos und eine geregelte Einwanderung nach angelsächsischem Muster

Berlin ist eine weltoffene und wachsende Stadt. Mehr als ein Viertel der Einwohner Berlins hat ausländische Wurzeln. Unverkennbar wachsen aber die Probleme durch nicht gelungene Integration, sich verfestigende Parallelgesellschaften und eine ungeregelte Zuwanderung in die Sozialsysteme. Verschärft wird die Situation seit Sommer 2015 durch die dramatisch angestiegenen Asylbewerberzahlen.

Die AfD fordert daher eine grundsätzliche Kurskorrektur sowohl in der Flüchtlings- und Asylpolitik als auch in der Einwanderungspolitik.

Unser Ziel ist es, das Asylrecht in Abstimmung mit unseren europäischen Partnern an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts anzupassen und gleichzeitig ein modernes, an den Interessen Deutschlands orientiertes Einwanderungsrecht auf den Weg zu bringen, das die Zustimmung der Bürger findet.

Asylrecht reformieren, Missbrauch eindämmen

Konkret und individuell politisch Verfolgte erhalten in Deutschland Asyl, soweit die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit unseres Landes nicht überschritten und seine soziale und finanzielle Stabilität nicht gefährdet wird. Auch humanitäre Hilfe zugunsten von Schutzbedürftigen, insbesondere Bürgerkriegsflüchtlingen, halten wir für ein Gebot der Menschlichkeit. Diese Verpflichtung zur Hilfe lässt sich aber nachhaltig und effektiv am besten in den Herkunftsregionen der Flüchtlinge umsetzen. Wir halten es für eine ethisch verantwortungsvollere Entscheidung, die Bürgerkriegsflüchtlinge dabei zu unterstützen, ein Ende der fluchtverursachenden Konflikte in ihren jeweiligen Herkunftsregionen abzuwarten, statt einen besonders mobilen Teil von ihnen durch eine unbesonnene Einladungspolitik zu einem lebensgefährlichen Wettlauf nach Deutschland einzuladen.

Das Asylrecht in seiner heutigen Form ist nicht geeignet, den völkerwanderungsähnlichen Zustrom von Bürgerkriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen zu begrenzen und effektiv zu regulieren. Vielmehr enthält es zahlreiche Fehlanreize, die zu Missbrauch einladen. Die AfD versteht sich als Anwalt derjenigen Menschen in Deutschland, die das Grundrecht auf Asyl bewahren wollen, aber gleichzeitig eine unbegrenzte Massenzuwanderung unter dem Deckmantel des Asylrechts ablehnen.

Rechtsstaat bewahren, geltendes Recht durchsetzen – zurück zum Asylkompromiss von 1993

Deutschland muss rasch die Kontrolle über Ausmaß und Zusammensetzung der Zuwanderung zurückgewinnen. Ein Staat, der geltende Gesetze nicht wirksam durchsetzen und bestehende Grenzen nicht effektiv kontrollieren und schützen kann, unterminiert seine innere Sicherheit und verspielt das Vertrauen seiner Bürger. Nach unserer Überzeugung ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat auf Dauer nicht mit einer unkontrollierten und ungesteuerten Zuwanderung vereinbar.

Deshalb fordern wir: Asylbewerber, die aus sicheren Drittstaaten einreisen, sind ab sofort gemäß Art. 16a Abs. 2 Grundgesetz an der Grenze zurückzuweisen, bis die Außengrenzen der EU wirksam gesichert sind.

Die AfD fordert, das Asylverfahren künftig bereits vor der Einreise nach Deutschland ausschließlich in Asylzentren, welche in Drittstaaten oder an den Außengrenzen der EU zu errichten sind, durchzuführen.

Nur wer individuell als politisch Verfolgter anerkannt wurde, darf einreisen (Art. 16a GG). Bürgerkriegsflüchtlingen ist in heimatnahen Schutzzonen Zuflucht zu gewähren.

Von dort aus können die Staaten auf dem Wege einer globalen Lastenteilung freiwillig Kontingente besonders schutzbedürftiger Menschen aufnehmen. Das internationale Asyl- und Flüchtlingsrecht ist so zu reformieren, dass die Kontrolle über Ausmaß und Zusammensetzung der Zuwanderung wieder bei den demokratisch legitimierten Staatsorganen liegt.

Die bereits nach Deutschland gelangten Bürgerkriegsflüchtlinge sind keine „Neubürger“, sondern temporär Schutzberechtigte, welche nach Wegfall des Fluchtgrundes wieder in ihre Heimat zurückkehren müssen. Bildungsmaßnahmen müssen daher auf eine Förderung der Rückkehr und die im Heimatland benötigten Fähigkeiten ausgerichtet sein. Der Familiennachzug ist auszusetzen, da sich über ihn die bereits jetzt untragbar hohe Zahl der Asylbewerber noch einmal vervielfachen würde.

Wir fordern eine Straffung und Beschleunigung der Asylverfahren sowie eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber.

Weder das Völkerrecht noch die Verfassung sehen eine Pflicht zur Integration von Asylberechtigten vor. Das Asylrecht darf prinzipiell nicht zur Zuwanderung missbraucht werden. Ein solcher Missbrauch lässt sich grundsätzlich nur verhindern, wenn niemand, der Asyl beantragt hat, später die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben kann. Wer einwandern will, soll dies offen erklären müssen und ist dazu angehalten, die vom Gesetzgeber festzusetzenden Kriterien zu erfüllen.

Flüchtlingschaos in Berlin beenden

Berlin hat mit der Aufnahme von etwa 90.000 Flüchtlingen allein im Jahr 2015 die Grenzen seiner Belastbarkeit bereits überschritten. Die Zahl der Asylbewerber übersteigt mittlerweile die vorhandenen Unterbringungs- und Betreuungskapazitäten bei Weitem. Untragbare Zustände und großer Unmut bei den Berlinern mit und ohne Migrationshintergrund sind die Folge.

Wir fordern daher einen sofortigen Aufnahmestopp, bis wieder ein geordnetes Verfahren und eine zeitnahe Entscheidung über das Asylbegehren gewährleistet werden können.

Asylbewerber, die in Berlin untergebracht werden, müssen zwingend registriert und ihre Personalien zweifelsfrei festgestellt werden.

Die Unterbringung von Asylbewerbern darf nicht weiter zu Lasten von Schulen, Sportvereinen und Kitas erfolgen. Die Zweckentfremdung von Turnhallen muss sofort beendet werden, sodass die nach dem Auszug der Asylbewerber erforderlichen Sanierungsarbeiten unverzüglich beginnen können. Dafür sind entsprechende Mittel im Haushalt einzustellen.

Die vielfach diskutierte Beschlagnahmung leer stehenden Wohnraumes ist nicht mit dem Eigentumsrecht vereinbar und wird deshalb von uns abgelehnt.

In Wohngebieten sollen aus Sicherheitsgründen keine Massenunterkünfte eingerichtet werden. Die bestehenden sind zeitnah zu räumen.

Die Errichtung einer Großsiedlung auf dem Tempelhofer Feld unter Missachtung des Volksentscheides und mit absehbarer Gettoisierung lehnen wir strikt ab.

Ebenso lehnen wir die weit überteuerte Anmietung von Mittelklassehotels für Asylbewerber ab.

Asylbewerber, die über Vermögenswerte verfügen, sollen nach dänischem Vorbild an den Kosten zu ihrer Unterbringung beteiligt werden.

Die Berliner haben Anspruch darauf, über die vollständigen Kosten der Asylkrise informiert zu werden. Wir fordern daher den Senat auf, jährlich eine offizielle Gesamtsumme zu veröffentlichen, welche alle Kostenpositionen in den verschiedenen Einzeletats, die durch die Asylpolitik veranlasst sind, einschließt.

Bürgerbeteiligung und Transparenz bei der Errichtung neuer Asylbewerberunterkünfte

Die berechtigten Sorgen und Ängste der Bevölkerung müssen endlich ernst genommen werden. Sollen Asylbewerberunterkünfte in Berliner Stadtteilen errichtet oder bestehende Objekte als solche umgenutzt werden, sind diese Vorhaben mit den betroffenen Bürgern im Vorfeld zu diskutieren.

Die AfD fordert vom Senat, die Bürger so frühzeitig und so umfassend wie möglich über die geplante Errichtung neuer Asylbewerberunterkünfte zu informieren und in die Planung miteinzubeziehen.

Armutszuwanderung aus der EU unattraktiver machen

Die Personenfreizügigkeit innerhalb der EU bringt für viele Bürger aus allen Staaten der Europäischen Union große Vorteile. Doch die EU ist keine Sozialunion. Die gezielte Einwanderung in die Sozialsysteme anderer Mitgliedsstaaten stellt einen unzulässigen Missbrauch der Freizügigkeit dar. Gerade Berlin ist derzeit eines der bevorzugten Ziele von Armutseinwanderern aus der Europäischen Union.

Um Anreize für einen Missbrauch der Freizügigkeit zu verringern, fordern wir, dass Bürger aus anderen EU-Staaten erst dann beitragsunabhängige Sozialleistungen nach deutschem Recht erhalten, wenn sie zuvor über mindestens vier Jahre in Deutschland ansässig waren und in dieser Zeit ihren Lebensunterhalt selbst bestritten sowie direkte Steuern entrichtet haben.

Chancengleichheit ja – Bevorzugung nein

Eine Bevorzugung von Migranten, etwa durch Quoten im öffentlichen Dienst oder durch gezielt auf bestimmte Fähigkeiten zugeschnittene Anforderungsprofile, lehnen wir ab, da damit das Leistungsprinzip ausgehebelt, einheimische Bewerber diskriminiert, falsche Anreize geschaffen und Integrationshemmnisse verfestigt werden.

Integration fordern, Identität bewahren

Das Beherrschen der deutschen Sprache, die Achtung unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie der Verdienst des eigenen Lebensunterhalts sind die wesentlichen Merkmale einer gelungenen Integration. Wer sich für Deutschland als Zielland entscheidet, muss neben der freiheitlich demokratischen Grundordnung auch die deutsche Leitkultur achten. Integration ist eine Bringschuld des Zuwanderers. Keine staatliche Fördermaßnahme kann die Eigeninitiative und den Willen des Zuwanderers zur Integration ersetzen. Erst am Ende einer erfolgreichen Integration kann die Einbürgerung stehen.

Die Verweigerung von Integration muss weitaus konsequenter als bisher, bis hin zum Verlust des Aufenthaltsrechts sanktioniert werden.

Die Verleihung einer doppelten Staatsangehörigkeit lehnen wir ab.

Wer sich im Dienste ausländischer Terrororganisationen an militärischen Kampfhandlungen oder terroristischen Akten beteiligt, soll (in Anlehnung an die französische Neuregelung) die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren, soweit er dadurch nicht staatenlos wird.

Religiösen Extremismus eindämmen

Das vom Grundgesetz geschützte Recht der freien Religionsausübung gilt für alle Menschen in Deutschland. Mit Sorge beobachten wir die Radikalisierung eines Teils der muslimischen Gemeinschaft, die bis hin zur unverhohlenen Missachtung und Anfeindung von Andersgläubigen reicht. Insbesondere ein wachsender Antisemitismus unter Muslimen bereitet Anlass zur Sorge.

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, fordern wir die Schließung von Moscheen, in denen extremistische und nicht mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung vereinbare Predigten gehalten werden.

Die Auslandsfinanzierung von muslimischen Vereinen und Moscheen ist nach dem Vorbild Österreichs zu unterbinden.

Öffentliche Koranverteilungen und Anwerbeversuche salafistischer Gruppen, zum Beispiel in Fußgängerzonen, vor Schulen und in Flüchtlingsunterkünften, sind zu untersagen.

Einen Staatsvertrag Berlins mit muslimischen Verbänden lehnen wir ab. Da die Muslime in Berlin keine einheitliche Organisationsstruktur haben und in 80 Gemeinden und fünf Glaubensrichtungen zerfallen, ist eine allgemeine Regelung nicht möglich. Zudem werden einige der muslimischen Verbände aus dem Ausland gesteuert und finanziert.

Gesteuerte Einwanderung nach angelsächsischem Muster statt unbegrenztem Massenzuzug

Im Gegensatz zu den humanitären Erwägungen des Asylrechtes müssen bei der Einwanderung die legitimen Interessen Deutschlands als Aufnahmeland im Mittelpunkt stehen. Wir wollen klar sagen, was Deutschland seinen Einwanderern bietet, aber auch, was es von ihnen erwartet. Einwanderung kommt nur in Betracht, wenn der Bedarf hierfür eindeutig nachgewiesen ist.

Die AfD fordert, für Nicht-EU-Staatsangehörige klar zu regeln, welche Voraussetzungen für die Einwanderung nach Deutschland erforderlich sind: deutsche Sprachkenntnisse, Schul-, Berufs- und Hochschulabschlüsse, zu erwartende Integrationsfähigkeit, aber auch tatsächlicher Bedarf an Arbeitskräften in den jeweiligen Branchen und Aufnahmebereitschaft der deutschen Gesellschaft.

Unabdingbar ist der Nachweis eines Arbeitsplatzangebotes bereits vor der Einreise.

Russlanddeutsche und Spätaussiedler als wichtiger Bestandteil der deutschen Gesellschaft

Die vor allem in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts nach Deutschland zurückgekehrten Russlanddeutschen und Spätaussiedler sind nach einem besonders schweren historischen Schicksal mittlerweile ein fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft.

Die AfD fordert, dass die für die Absicherung des langfristigen Integrationserfolgs der Russlanddeutschen und Spätaussiedler bereitgestellten Mittel und Programme in vollem Umfang aufrechterhalten bleiben und nicht zugunsten von Integrationsmaßnahmen für Asylbewerber umgewidmet werden. Dies wäre kein gutes Signal an die Russlanddeutschen und Spätaussiedler und würde die bereits erzielten Integrationserfolge infrage stellen.

6. Wohnen, Verkehr und Städtebau

Für eine leistungsfähige Infrastruktur und mehr bezahlbaren Wohnraum

Berlin ist eine wachsende Stadt. Mit dem Anstieg der Bevölkerungszahl wachsen auch die Inanspruchnahme von Straßen und Infrastruktureinrichtungen sowie die Nachfrage nach Wohnraum. In weiten Teilen des Straßennetzes und des öffentlichen Verkehrs sind die Kapazitätsgrenzen erreicht oder überschritten. Durch unterlassene Instandhaltungen hat unsere Stadt in den letzten Jahren zu einem erheblichen Teil von der Substanz gelebt. Im Wohnungsbau, wo Berlin durch den starken Zuzug vor großen Herausforderungen steht, wollen wir mit unkonventionellen Maßnahmen erreichen, dass mehr Wohnungen gebaut werden können.

Verkehrsinfrastruktur

Die AfD fordert die Modernisierung und den zielgenauen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowohl für den Individualverkehr als auch für den öffentlichen Personennahverkehr. Nur durch leistungsfähige Verkehrswege und moderne Verkehrsmittel kann die Mobilität der Berliner auch in Zukunft sichergestellt sowie die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass Handel und Gewerbe prosperieren.

Dabei lehnen wir eine Diskriminierung des motorisierten Individualverkehrs ab. Die meisten Berliner sind Bahn-Kunden, BVG-Nutzer, Autofahrer, Radfahrer, Fluggäste und Fußgänger in einer Person. Sie wollen und müssen selbst entscheiden können, welche Verkehrsmittel sie nutzen.

Wir fordern die Aufstellung eines Masterplanes für die Sanierung der maroden Straßen, Fuß- und Radwege sowie der sonstigen Infrastruktur. Durch professionelle Planung, bessere Abstimmung der Gewerke und die Vermeidung von Mehrfachbaustellen muss das Baustellenchaos gestoppt werden. Die Auftragsvergabe muss nach Schweizer Vorbild neu ausgerichtet werden: Qualität, Kostenfestigkeit, Arbeitsschutz und die Einhaltung des Mindestlohns müssen mehr Gewicht erhalten.

Priorität haben für uns folgende Verkehrsprojekte mit Bedeutung für ganz Berlin:

Individualverkehr

- Schließung des Autobahnrings A 100 zur Entlastung und Beruhigung des Innenstadtverkehrs.
- Wir fordern eine generelle Richtgeschwindigkeit von 50 km/h auf innerörtlichen Straßen. Tempo-30-Zonen sind auf Wohngebiete außerhalb von Verkehrswegen und auf Gefahrenstellen zu beschränken.
- Der Radverkehr ist weiter zu fördern.

Güterverkehr

- Ausbau des Konzeptes der Güterverteilzentren in den Außenbereichen – innerstädtische Verteilung mit Lkw bis 7,5 t.

Bahnverkehr

- Rasche Verwirklichung der zweiten Nord-Süd-Verbindung im S-Bahn-Ring zwischen Gesundbrunnen und Südkreuz über den Berliner Hauptbahnhof.
- Ausbau der Dresdner Bahn im Süden Berlins mit Untertunnelung im Bereich Lichtenrade.
- Ausbau der U-Bahn-Linie 3 ab Krumme Lanke, um den Anschluss zwischen dem U-Bahnhof Krumme Lanke und dem S-Bahnhof Mexikoplatz herzustellen.
- Die noch ruhenden S-Bahnstrecken nach Stahnsdorf, Staaken, Falkensee und Siemensstadt sind wieder in Betrieb zu nehmen. Die Stammbahn nach Potsdam soll reaktiviert werden.

Die AfD setzt sich für eine Wiedereröffnung des Bahnhofs Zoologischer Garten für den Fernverkehr ein, da die Vorteile eines zusätzlichen Fernverkehrshalts für die in der City West wohnenden Bürger die minimalen logistischen Nachteile bei Weitem überwiegen.

Investitionsoffensive für Berlin

Zusätzlich zur Sanierung derjenigen Sporthallen, die nach einer Nutzung als Notunterkunft wieder den Schulen, Kitas und Sportvereinen zur Verfügung gestellt werden sollen, fordert die AfD eine Investitionsoffensive zur Renovierung von Schulen, Turnhallen und anderen öffentlichen Gebäuden in der gesamten Stadt.

Dadurch wollen wir die Bausubstanz in öffentlicher Hand langfristig verbessern und ein Zeichen gegen die zunehmende Verwahrlosung des öffentlichen Raumes setzen. Denn der Zustand landeseigener Immobilien strahlt auf das gesamte Stadtbild aus.

BER-Desaster restlos aufklären

Acht Jahre nach der Schließung des Flughafens Tempelhof und vier Jahre nach der geplanten, aber verschobenen Schließung des Flughafens Tegel sowie zehn Jahre nach dem Baubeginn des Flughafens Berlin Brandenburg „Willy Brandt" (BER) stehen die drei Bauherren Bundesrepublik Deutschland, Berlin und Brandenburg vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik. Nach wie vor kann kein seriöser Eröffnungstermin genannt werden.

Der BER steht damit symbolisch für das Versagen der Berliner Politik: exorbitante Kostensteigerungen, massive Managementfehler, fehlende Baudokumentation, zu geringe Kapazitäten schon bei der Eröffnung und mangelnde Einbindung in die Verkehrsplanung am Boden. Der BER ist kein Betriebsunfall, wie der Senat glauben machen will, sondern Ausdruck der Unfähigkeit wichtiger Verantwortlicher in der Berliner Politik. Der Flughafen wurde von Anfang an an den Bedürfnissen der Berliner vorbei geplant. Die Entscheidung, den Flughafen nicht privat errichten zu lassen, weil der Staat der vermeintlich bessere Flughafenbauer sei, erweist sich im Nachhinein als finanzielles Fiasko für die öffentliche Hand.

Die AfD fordert, das Flughafendesaster umfassend und restlos aufzuarbeiten. Die Aufklärung der BER-Affäre darf nicht wieder im Sande verlaufen wie einst die Aufklärung des Bankenskandals von CDU und SPD. Die Verantwortlichen müssen konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Eine strafrechtliche Verfolgung der Schuldigen ist zu prüfen. Die sehr umfangreichen Arbeitsergebnisse der diversen Bürgerinitiativen und auch des Untersuchungsausschusses beim Abgeordnetenhaus haben dabei Beachtung zu finden.

Flughafen Berlin Brandenburg GmbH privatisieren und regional einbinden

Die AfD regt an, die Vorteile einer Privatisierung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH und damit des BER durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft evaluieren zu lassen. Die unkontrollierbare weitere Kostenexplosion zulasten der öffentlichen Hand muss beendet werden. Aus gegenwärtiger Sicht wäre selbst nach Fertigstellung eine jährliche Belastung in hoher dreistelliger Millionenhöhe fällig.

Im Rahmen dieser Neuevaluierung sollen die Länder Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt aufgefordert werden, ein gemeinsames Verkehrs- und Wirtschaftskonzept mit einer engen Kooperation der existierenden Flughäfen Tegel, BER, Leipzig und Dresden zu erarbeiten.

Die AfD fordert den Senat auf, ein mit den genannten Bundesländern abgestimmtes langfristiges Flugverkehrskonzept für die „Metropolregion" Berlin zu entwickeln. Insgesamt wird die Aufteilung der Funktionen das Resultat dieses Verkehrs- und Wirtschaftskonzepts sein. Viele Metropolen auf der Welt leben sehr gut mit mehreren Flughäfen.

Auch wenn die Privatisierung nicht gelingen sollte, muss für die Zukunft sichergestellt werden, dass Schlüsselpositionen (einschließlich der Aufsichtsräte) ausschließlich mit ausgewiesenen Fachleuten zu besetzten sind, keinesfalls mit Funktionsträgern aus der Politik.

Anwohner schützen und Flugrouten neu verhandeln.

Die wichtigste Zubringerstrecke für den BER aus dem Zentrum Berlins wird die neue Dresdner Bahn werden.

Die AfD unterstützt die Forderung der Bürgerinitiative „Dresdner Bahn" nach einer Untertunnelung der wohnortnahen Streckenabschnitte im Süden Berlins, da durch die zu erwartende hohe Zugfrequenz von mehreren hundert Zügen am Tag eine ebenerdige Trassenführung im Ortsbereich Lichtenrade für die Anwohner nicht zumutbar ist.

Der Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm hat für die AfD hohe Priorität. Bei der Planung und Nutzung der Berlin tangierenden Flugrouten muss ein Maximum an Lärmschutz gewährleistet werden.

Die AfD unterstützt daher die Forderung zahlreicher Bürgerinitiativen nach einer Neuverhandlung der Flugrouten. Die Flugrouten für den BER müssen von allen Beteiligten unter Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung erarbeitet werden. Ein Verfahren nach Gutsherrenart durch die DFS Deutsche Flugsicherung GmbH erfüllt nach unserer Auffassung nicht die erforderlichen Kriterien einer breiten Partizipation der Bevölkerung für ein derart wichtiges Planverfahren.

Tegel offenhalten

Da der BER schon heute zu klein ist, soll der Flughafen Tegel als Regional- und Regierungsflughafen erhalten bleiben. Das Passagieraufkommen soll allerdings deutlich reduziert werden.

Mehr bezahlbarer Wohnraum durch niedrigere Steuern und weniger Bürokratie

In der Baupolitik setzen wir auf Eigenverantwortung und marktwirtschaftliche Anreize. Zu viele Vorschriften und zu hohe Steuern behindern den Neubau von Wohnungen und tragen damit zur Verschärfung der Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt bei. Der Senat muss sich dafür einsetzen, Baunebenkosten zu senken und bürokratische Hürden abzubauen. Wir verzichten auf planwirtschaftliche Eingriffe und lehnen scheinbar

mieterschützende Maßnahmen wie die Mietpreisbremse strikt ab. Solche Eingriffe schaden eher den Wohnungssuchenden, da sie private Investitionen in den Wohnungsbau unattraktiv machen und so den dringend benötigten Neubau von Wohnungen verhindern.

Die Landesbauordnung sollte den Bedürfnissen der Bauherren und Bürger Rechnung tragen und nicht den dringend notwendigen Wohnungsbau durch Überregulierung verhindern.

Die AfD fordert, die Bauordnung für Berlin (BauO Bln) auf den Prüfstand zu stellen und überholte sowie unsinnige Regelungen zu streichen.

Genehmigungsverfahren für Wohnraum sollten gegenüber anderen Bauprojekten vorrangig behandelt werden. Um Bauanträge schneller bearbeiten zu können, sind die Genehmigungsbehörden mit besonders qualifiziertem Personal (Architekten, Bauingenieure etc.) in ausreichender Zahl zu besetzen. Insbesondere die Nachverdichtung von Wohnungsbestand sowie die Schließung von Baulücken und Brachflächen im Innenstadtbereich müssen schneller und unbürokratischer genehmigt werden. Im Bestand sind Wohnsiedlungen durch geeignete Maßnahmen wie Geschossaufstockung sowie Bebauung von Brachflächen nachzuverdichten und Baulücken zu schließen.

Es müssen nicht nur verstärkt Neubaugebiete ausgewiesen, sondern vor allem auch landeseigene Grundstücke zur Verfügung gestellt werden – und zwar sowohl für den Mietwohnungsbau als auch für den Wohneigentums- und Eigenheimerwerb. Zur Vermeidung von Spekulation soll die Vergabe dieser Grundstücke vorrangig auf dem Wege des Erbbaurechts erfolgen. Bei einer Abgabe der Grundstücke zu Vorzugsbedingungen erfolgt dies mit der Auflage, dass im Geschosswohnungsbau ein bestimmter Anteil an Wohnungen für kleine und mittlere Einkommen zur Verfügung gestellt werden muss.

Damit grundsätzlich mehr Menschen privates Wohneigentum erwerben können, fordern wir, dass die Erwerbsnebenkosten deutlich gesenkt werden.

So schlagen wir vor, dass die Grunderwerbssteuer von 6 % auf das früher bundeseinheitlich gültige Niveau von 3,5 % abgesenkt wird. Die AfD befürwortet darüber hinaus einen einmaligen Freibetrag bei der Grunderwerbssteuer für selbst genutztes Wohneigentum von 100.000,- Euro des Kaufpreises je Erwachsenem sowie 50.000,- Euro je Kind. Sollte die Eigennutzung der Immobilie als erster Wohnsitz innerhalb einer Frist von 10 Jahren wieder aufgehoben werden, ist die Grunderwerbssteuer nachzuzahlen.

Genossenschaften stärker fördern

Die AfD setzt sich dafür ein, durch die Förderung des Genossenschaftswesens mehr Bürgern zu eigenem Wohnraum zu verhelfen. Wohnungsbaugenossenschaften sind bei der Vergabe landeseigener Grundstücke bevorzugt zu behandeln. Auch die direkte Privatisierung von landeseigenen Wohnungen zugunsten von Genossenschaften ist aus unserer Sicht prioritär zu behandeln. Dabei ist zu prüfen, inwieweit die zur Begründung des genossenschaftlichen Kapitals mögliche Darlehensgewährung durch die KfW angesichts der gestiegenen Immobilienpreise auf Darlehensbeträge von über 50.000,- Euro je Genossenschaftsmitglied erhöht werden kann. Auch bei der Privatisierung der öffentlichen Hand zugunsten von Genossenschaften liegen für uns die Vorteile einer Übertragung auf Erbbaubasis auf der Hand.

Förderung des Erwerbs von selbstgenutztem Wohneigentum

Wir fordern, die Förderung des Erwerbs von selbstgenutztem Wohneigentum so zu verbessern, dass sich auch Schwellenhaushalte selbstgenutztes Wohneigentum leisten können. Eine geeignete Maßnahme sehen wir in der Gewährung staatlicher Garantien für den Eigenkapitalanteil.

Förderung des Mietwohnungsbaus

Die den Ländern von der Bundesregierung für den Mietwohnungsbau zur Verfügung gestellten Mittel unterliegen keiner harten Zweckbindung und können daher auch für andere Zwecke ausgegeben werden.

Wir fordern, dass diese Mittel in vollem Umfang für Maßnahmen des Mietwohnungsbaus verwendet werden.

Verringerung der Mietnebenkosten

Für Mieter und Eigentümer selbstgenutzten Wohnraumes fordern wir eine dauerhafte Entlastung bei den Wohnnebenkosten durch eine Herabsetzung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 810 auf 500 Prozent.

Die Historische Mitte behutsam entwickeln

Berlin hat wie kaum eine andere Stadt unter der Zerstörung seiner historischen Stadtmitte als Folge des Zweiten Weltkrieges und der rücksichtslosen Beseitigung der verbliebenen Baudenkmäler durch die sozialistische Baupolitik der DDR zu leiden gehabt. Mit der Rekonstruktion des Berliner Stadtschlosses ist nun ein bedeutender Anfang für eine Aufwertung und teilweise Rückgewinnung der Historischen Mitte Berlins gemacht.

Die AfD regt an, das Gebiet zwischen Berliner Rathaus, Humboldtforum (Berliner Schloss), Marienkirche und Fernsehturm („Marx-Engels-Forum") als zentralen Ort der Berliner Stadtgeschichte im historischen Maßstab ähnlich dem angrenzenden Nikolaiviertel als Wohngebiet mit Kleingewerbe und kulturellen Einrichtungen wiederherzustellen. Hierüber ist eine Volksbefragung herbeizuführen.

7. Finanzen, Verwaltung und direkte Demokratie

Für solide Finanzen, eine leistungsfähige Verwaltung und mehr direkte Demokratie

Schuldenabbau schafft finanziellen Gestaltungsspielraum

Mit ca. 60 Mrd. Euro oder umgerechnet 17.500 Euro pro Einwohner steht Berlin nach Bremen an zweiter Stelle der am höchsten verschuldeten Bundesländer in Deutschland. Noch immer übersteigen die Zinszahlungen trotz niedriger Zinsen die Höhe der Investitionen bei Weitem. Berlin muss seinen Haushalt weiter konsolidieren, um Schulden abbauen und finanziellen Gestaltungsspielraum für die Zukunft gewinnen zu können. Berlin ist eines der wenigen Bundesländer, das noch keine Schuldenbremse in der Landesverfassung verankert hat.

Die AfD setzt sich für eine Verankerung der Schuldenbremse in der Berliner Landesverfassung ein.

Wir fordern einen Solidarpakt II mit einer Übernahme vereinigungsbedingter Landesschulden durch den Bund.

Zur wirksamen Bekämpfung von Steuergeldverschwendung befürwortet die AfD eine Aufwertung des Berliner Landesrechnungshofes und die Einsetzung eines unabhängigen Amtsanklägers. Der Landesrechnungshof muss befugt sein, eklatante Fälle von Steuergeldverschwendung direkt an den unabhängigen Amtsankläger weiterzureichen.

Die AfD setzt sich für den Verkauf von landeseigenen und im Eigentum landeseigener Gesellschaften befindlicher Wohnimmobilien ein – jedoch nur an private Wohnungsgenossenschaften, da diese keine Gewinnerzielungsabsicht haben, sodass der soziale Schutz der Mieter gewährleistet ist.

Wir wollen keine teuren Prestigeprojekte wie die ursprünglich in Tempelhof geplante Landesbibliothek. Grundlage für Investitionsentscheidungen muss ein Prioritätenkatalog öffentlicher Aufgaben und Investitionen sein. Mittel aus EU-Haushalten sind konsequent zu sichern und zu nutzen (z. B. Europäischer Fonds für regionale Entwicklung [EFRE] und Europäischer Sozialfond [ESF]).

Durch ein verbindliches Subventionsabbaugesetz soll eine konsequente Ausgabenkürzung erreicht werden. Alle Subventionen – Wirtschafts-, Kultur und sonstige Subventionen – sind auf den Prüfstand zu stellen und in einem jährlichen Turnus um mindestens 3 % zu kürzen.

Für eine effiziente Verwaltung und Bürgerämter ohne lange Wartezeiten

In Senat, Verwaltung und öffentlichen Unternehmen werden zu viele „verdiente" Parteifunktionäre mit lukrativen Stellen versorgt. Wir wollen die bisher übliche Praxis der Schaffung immer neuer Posten beenden. Denn in der Berliner Verwaltung gibt es zu viele Vorgesetze, aber kaum geeignetes Führungspersonal. Mittlerweile verfügt Berlin über 23 Staatssekretäre, wohingegen das Flächenland Bayern lediglich 6 Staatssekretäre hat.

Die AfD fordert, die Zahl der Senatoren, Staatssekretäre und Leitungsbeamten deutlich zu reduzieren. Insbesondere die Anzahl der Senatorenposten ist wieder auf die bis 2011 geltende Zahl von 8 herabzusetzen, die Zahl der Staatssekretäre ist ebenfalls auf 8 zu reduzieren.

Die Berliner Verwaltung soll modernisiert und verschlankt werden, öffentlich Bedienstete müssen aber im Gegenzug auch leistungsorientiert bezahlt werden.

Die AfD fordert, dass die Berliner Bürgerämter materiell und personell so auszustatten sind, dass es nicht zu unnötig langen Wartezeiten für die Bürger kommt. Über den Personalaufwuchs hinaus müssen die Bürgerämter vor allem auch effizienter organisiert werden, um Wartezeiten für Bürger zu vermeiden. Dazu dienen auch die Einführung und der Ausbau des E-Governments.

Stärkung von Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie

Ein wichtiges Anliegen der AfD ist die Stärkung der gesetzgeberischen Funktion des Volksentscheids. Volksentscheide geben dem Bürgerwillen unmittelbaren Ausdruck und stärken zugleich das wichtige Repräsentationsprinzip unserer Demokratie, weil sie die Parteienmacht zurückdrängen und den einzelnen Abgeordneten aufwerten.

Für Berlin fordern wir die Abschaffung der Quoren bei allen Bürger- und Volksentscheiden. Nur wenn die Bürger wissen, dass sie auch bei einer niedrigeren Wahlbeteiligung wichtige Entscheidungen selbst treffen können, werden sie die Instrumente der direkten Demokratie langfristig annehmen.

Wir setzten uns dafür ein, dass getroffene Volksentscheide durch die Verfassung von Berlin geschützt werden. Änderungen durch das Abgeordnetenhaus bedürfen der Zustimmung des Volkes im Rahmen einer Einspruchsfrist und einem darauffolgenden Volksentscheid. Die Gesetzgebung durch das Volk ist bindend.

Für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen schlagen wir vor, die starren Parteilisten ähnlich wie in Hamburg und Bayern durch Listen abzulösen, die Panaschieren und Kumulieren erlauben.

Direktwahl des Regierenden Bürgermeisters

Der Regierende Bürgermeister von Berlin wird bisher vom Abgeordnetenhaus gewählt. Damit hat der Bürger keinen direkten Einfluss darauf, wer Regierender Bürgermeister in Berlin wird. Das wollen wir ändern.

Der Regierende Bürgermeister soll in Zukunft direkt von den Bürgern gewählt werden.

Aufwertung der Berliner Bezirke

Die AfD regt an, eine Aufwertung der zwölf Berliner Bezirke entsprechend der Brandenburgischen Kommunalverfassung zu „kreisfreien Städten" mit eigener Haushalts- und Personalhoheit und künftiger Direktwahl von Oberbürgermeistern zu prüfen.

8. Arbeit und Soziales

Hilfe zur Selbsthilfe statt staatlicher Rundumversorgung

Die Aufgabe des Sozialstaates ist es nicht, die Lebensverhältnisse aller Menschen anzugleichen, sondern denen zu helfen, die sich nicht selbst helfen können. Wir fordern Hilfe zur Selbsthilfe und keine staatliche Rundumversorgung. Der beste Schutz gegen Krankheit und Armut sind intakte Familien, Bildung und Arbeit.

Prekäre Arbeit eindämmen

Wir setzen uns dafür ein, befristete Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst so stark wie möglich zu reduzieren und nur noch aus eng begrenzten sachlichen Gründen zuzulassen.

Wir wollen keine sittenwidrigen Löhne, aber auch keine Lohnfestsetzungen durch den Staat in der privaten Wirtschaft.

Zur Bekämpfung der organisierten Schwarzarbeit treten wir für eine Verschärfung der Kontrollen und Sanktionen ein. Grobe Verstöße sollen als Straftat geahndet werden.

Berliner Arbeitsmarkt

Berlin ist die Hauptstadt der Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfänger. Rund 600.000 Menschen leben in Berlin von Hartz IV. Der Berliner Arbeitsmarkt leidet unter schwerwiegenden strukturellen Problemen. Die hohe Arbeitslosigkeit mit einer Quote von mehr als 10 Prozent belastet den sozialen Zusammenhalt in der Stadt.

Wir wollen neue Anreize schaffen, damit (Langzeit-)Arbeitslose wieder Lust bekommen, zu arbeiten.

Sozial Bedürftige müssen sich der gesellschaftlichen Hilfe sicher sein können, zumal viele von ihnen selbst durch ihre Beiträge Hilfe ermöglicht haben.

Im Gegenzug müssen sich aber auch Empfänger von Unterstützungsleistungen solidarisch zeigen, z. B. durch sinnvolle Tätigkeiten für das Gemeinwohl.

Vereinfachung und Entbürokratisierung aller Sozialleistungen

Auch wegen der Vielzahl von staatlichen Leistungen ist Berlin zu einer Hochburg der Sozialindustrie geworden. Allein im Bereich Jugendhilfe sind 200 Organisationen tätig. Mit keiner Lobby ist die Politik so eng verbunden wie mit der Wohlfahrtsindustrie. Dadurch wächst die Gefahr, dass aus einer organisierten Hilfe für Menschen in Not eine soziale Hängematte für Betroffene und eine lukrative Einkommensquelle für findige Sozialunternehmer und ihre Mitarbeiter wird.

Bundes- und Landesrechnungshof weisen immer wieder auf Steuerverschwendung im Sozialsektor hin. Gründe hierfür sind mangelnde Transparenz und Versagen der öffentlichen Verwaltung durch fehlende Wirtschaftlichkeitsberechnungen, pauschale Mittelzuweisungen, Nichtwahrnehmung von Handlungs- und Steuerungspflichten, Verstöße gegen das Haushaltsrecht und fehlende Erfolgskontrolle, z. B. in der Jugendhilfe. Mit der Asylkrise sind diese Mängel noch größer geworden

Die AfD fordert, sämtliche Unternehmen der Wohlfahrtsindustrie regelmäßig und unabhängig zu überprüfen, damit Verschwendungsfälle eingedämmt und ineffiziente Strukturen identifiziert werden können. Insbesondere Spenden sammelnde Organisationen sowie steuer- bzw. beitragsfinanzierte soziale Einrichtungen privater Träger, z. B. in der Behinderten-, Jugend-, Gesundheits- und Altenhilfe, sollen über ihre Aufgaben, Projekte, deren Finanzierung und die Mittelverwendung öffentlich Rechenschaft ablegen.

Wiedereinführung der Extremismusklausel

Vereine und Stiftungen, die links- oder rechtsextremistische Gruppierungen unterstützen, sollen keine staatlichen Gelder mehr erhalten.

Mittelstandsfreundliches, sozialeres Vergaberecht

Die AfD will, dass bei der öffentlichen Auftragsvergabe die Kriterien Wirtschaftlichkeit, Sozialstandards, faire Bezahlung und betriebliche Ausbildung stärker beachtet werden.

Wir möchten erreichen, dass mehr Aufträge regional vergeben werden können, um mittelständische Unternehmen aus der Region zu stärken.

9. Wirtschaft

Willkommenskultur für Unternehmen und Gründer

Berlin war vor dem Zweiten Weltkrieg die größte deutsche Industriestadt. Nach dem Krieg Jahrzehnte geteilt und im Windschatten der großen wirtschaftlichen Entwicklungen segelnd, ist die Stadt heute in erster Linie ein Dienstleistungszentrum mit den Schwerpunkten Gesundheitswirtschaft, Bildung, öffentliche Verwaltung, Handel, Verkehr, Medien, Software und IT, Immobilienwirtschaft, Versicherungen sowie Gastgewerbe und Tourismus. Über 85 % der Beschäftigten arbeiten im Dienstleistungssektor.

Diese Vielfalt gilt es insbesondere im Hinblick auf das nach wie vor hohe Entwicklungspotenzial Berlins weiter zu fördern und auszubauen.

Zu diesem Zweck wollen wir das Zusammenwirken der staatlichen und der unternehmerischen Schnittstellen in Berlin besser organisieren und den bürokratischen Aufwand für die investierenden Unternehmen durch die Streichung unsinniger Vorschriften sowie die Reduzierung überlanger Bearbeitungszeiten verringern.

Durch eine branchenoffene Ansiedlungspolitik und eine unbürokratische Bereitstellung von Liegenschaften und Büroflächen wollen wir zur Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas in Berlin beitragen.

Die AfD steht für eine bewusste Willkommenskultur für Gründer und Unternehmer!

Den Berliner Mittelstand stärken

Die Mehrheit der Arbeitnehmer in Berlin arbeitet in kleinen und mittelständischen Unternehmen. Gerade diese Unternehmen schaffen mit Erfindungsreichtum, Mut und Ausdauer neue Arbeitsplätze für Berlin und tragen so dazu bei, den Wohlstand in unserer Stadt zu sichern. Sie leisten einen Großteil des Steueraufkommens und halten auch in Krisen an ihren Mitarbeitern fest.

Durch die starke Konzentration der europäischen Politik auf Großunternehmen hat der Mittelstand in den letzten Jahren an Einfluss eingebüßt. Die Mittelstandsorganisationen der großen Parteien finden kaum noch Gehör und die mittelständischen Unternehmen können es sich nicht leisten, Lobbyisten in Brüssel zu beschäftigen.

Um diesem Ungleichgewicht ein Stück weit entgegenzutreten, fordern wir bindende Fristen bei behördlichen Genehmigungen, damit überlange Wartezeiten für Baugenehmigungen und Gewerbeerweiterungen, unter denen mittelständische Unternehmen erfahrungsgemäß besonders leiden, vermieden werden können.

Bei Gewerbegenehmigungen sind die Interessen von Klein- und Mittelgewerbebetrieben sowie Einzelhandelsgeschäften in Wohngebieten stärker zu berücksichtigen und investitionsverteuernde Vorschriften, die kapitalstarke Handelskonzernketten im Ergebnis bevorzugen, angemessen abzuwägen.

Handwerkskammerzwang beenden

Die AfD fordert, die Zwangsmitgliedschaft in den Handwerkskammern und in der Industrie- und Handelskammer Berlin (IHK Berlin) abzuschaffen. Handwerks- und Gewerbebetriebe sollen sich freiwillig einer Kammer als Interessenvertretung anschließen können, wenn sie dies wünschen.

Forschungsförderung intensivieren und Unternehmensausgründungen erleichtern

Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, ist ein wichtiger Faktor für die Innovationsfähigkeit Berlins. Die intelligente Vernetzung von Forschung und Wissenschaft mit den Berliner Unternehmen ist eine besondere Herausforderung für die Forschungsförderung.

Um Unternehmensausgründungen und den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu erleichtern, fordert die AfD eine deutliche Ausweitung der Fördermaßnahmen durch die Investitionsbank Berlin. Berlin braucht dringend wettbewerbsfähige Instrumente zur Innovationsförderung.

Förderung von Start-up-Unternehmen

Berlin ist neben London die Start-up-Hauptstadt Europas. Kein anderer Wirtschaftssektor in Berlin hat eine vergleichbare Wachstumsrate wie die Tech-Start-ups. Berlin sollte deshalb alles daran setzten, ein optimales Umfeld für die Gründung und das Wachstum von Start-ups im Technologiesektor zu schaffen.

Die AfD fordert, steuerliche Anreize für Hochrisikoinvestitionen in Tech-Start-ups zu schaffen und bürokratische Hemmnisse bei der Gründung und Regulierung von Tech-Start-ups abzubauen.

Nachhaltigkeit von Ökonomie und Ökologie

Nachhaltigkeit als Miteinander von Ökonomie und Ökologie ist ein konservatives Prinzip. Die neuen Leitmärkte der „Green Economy", etwa in den Branchen Energieeffizienz, Elektromobilität, Kreislaufwirtschaft, Eco-Trade, Bio-Food oder Cleantech, haben in Deutschland bereits hunderttausende Arbeitsplätze geschaffen und bilden Wachstumsmärkte der Zukunft. Für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Berlin sind diese neuen Technologien wichtige Impulsgeber sowohl für internationale Unternehmensansiedlungen, Messen und Veranstaltungen als auch für die eigene Exportwirtschaft.

Wir sehen Nachhaltigkeit als wesentlichen Faktor der regionalen Wirtschaftspolitik. Daher treten wir für Förderprogramme und günstige Rahmenbedingungen für Industrieansiedlungen und Unternehmensgründungen in den Leitmärkten der Green Economy, besonders im Mittelstand und der forschenden Industrie ein.

Die AfD unterstützt die Förderung von Nachhaltigkeitsforschung in den Wissenschaftseinrichtungen und Hochschulen der Stadt. Die Vermittlung von Nachhaltigkeitsthemen in der Schulbildung und der außerschulischen Umweltbildung ist uns ein wichtiges Anliegen im Hinblick auf die Lebenschancen zukünftiger Generationen.

Metropolregion Berlin-Brandenburg

Die AfD fordert eine stärkere Kooperation im Rahmen der Metropolregion Berlin-Brandenburg.

Die Metropolregion bringt für Umland und Zentrum gleichermaßen Vorteile. Diese können z. B. gemeinsame Bebauungspläne, Verkehrswege und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs betreffen.

Die AfD fordert die Aktualisierung der 2011 beschlossenen Innovationsstrategie (innoBB) mit den Schwerpunkten Gesundheitswirtschaft, Energietechnik, Informations- und Kommunikationstechnologien, Medien- und Kreativwirtschaft, Verkehr, Mobilität und Logistik, um als Planungsregion die vorhandenen Synergien praktisch nutzbar zu machen.

In diese Wachstumsperspektive Berlins gehört auch die Vollendung der Hauptstadtfunktion auf dem Wege der Zusammenführung der immer noch getrennten Bundesministerien.

Die AfD fordert daher den Umzug der noch in Bonn verbliebenen 7.000 Arbeitsplätze in den Bundesministerien nach Berlin.

Ein Berliner Stadtwerk für Strom, Gas und Wasser

Die Unternehmen und Netze der Daseinsfürsorge (Strom, Wasser, Gas und ÖPNV) gehören zurück in Bürgerhand. Die AfD befürwortet ein Berliner Stadtwerk, in dem Strom, Gas und Wasser in kommunaler Hand zusammengefasst sind.

Wirtschaftliche Freiheit bewahren

Wir setzen uns für gute wirtschaftliche und politische Beziehungen zu unseren östlichen Partnern und insbesondere zu Russland ein. Die bestehenden Wirtschaftssanktionen müssen schrittweise aufgehoben werden.

TTIP (Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen), CETA (Canada–EU Trade Agreement) und TISA (Transatlantisches Dienstleistungsabkommen) lehnt die AfD in ihrer gegenwärtigen Form ab.

Bargeld: ein Zahlungsmittel mit Zukunft

Die Möglichkeit zur Bargeld-Zahlung bedeutet für viele Bürger ein Stück wirtschaftlicher Freiheit. Bargeld limitiert darüber hinaus die Möglichkeiten einer hyperexpansiven Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank, da im Falle zu hoher Negativzinsen die Sparer ihre Sichteinlagen und Sparguthaben in Bargeld umwandeln können.

Die AfD spricht sich entschieden gegen die Abschaffung des Bargeldes oder eine Limitierung von Bargeld-Zahlungen aus. Auch die großen Banknoten müssen erhalten bleiben.

10. Energie

Berliner Energiewendegesetz stoppen

Die Berliner Energiepolitik muss drei Ziele verfolgen. Die Stromerzeugung muss sicher, kostengünstig und umweltverträglich sein. Dieser Dreiklang war im Berliner Energieversorgungssystem immer gegeben, wurde aber mit dem EEG aufgegeben.

Das vom Berliner Senat eingebrachte Energiewendegesetz (EWG Bln) weisen wir zurück. Die darin vorgesehene umfassende „Große Transformation der Gesellschaft“ mittels „Dekarbonisierung“ ist nichts anderes als der Versuch, unter dem Deckmantel vermeintlicher Wissenschaftlichkeit einer höchst zweifelhaften Ideologie zu gesellschaftlicher Wirksamkeit zu verhelfen. Die AfD lehnt diese Form einer von oben herab angeordneten Umgestaltung unserer Gesellschaft mit ungewissem Ausgang und weitreichenden Konsequenzen für unser wirtschaftliches Wohlergehen entschieden ab.

Wir fordern den Senat auf, das Energiewendegesetz zurückzuziehen oder einen Volksentscheid herbeizuführen.

Bezahlbare und sichere Energie für Berlin

Ein bestimmender Faktor für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit Berlins ist die Verfügbarkeit bezahlbarer Energie. Die staatlich verordnete Förderung der erneuerbaren Energien durch die EEG-Umlage hat in den vergangenen Jahren zu einer spürbaren Verteuerung der Energiepreise geführt. Das Grundproblem der schwankenden Verfügbarkeit erneuerbarer Energien ist bis heute aber nicht gelöst. Für die Grundlastsicherung ist der Ersatz der Kernkraft bisher nur durch Kohle möglich.

Die AfD spricht sich für einen vielfältigen und kostengünstigen Energiemix aus.

Wir sind gegen eine Energiepolitik, die Wohnungsmieter und mittelständische Unternehmen mit Milliardenkosten belastet und eine schleichende Abwanderung energieintensiver Branchen in Kauf nimmt.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verschlingt jedes Jahr Milliarden Euro an Subventionen, ohne dass sich der CO2-Ausstoß wesentlich verringert hätte. Das EEG ist staatliche Planwirtschaft und eine Abkehr von der sozialen Marktwirtschaft. Die Kosten der Subventionierung in Höhe von mittlerweile 27 Milliarden Euro jährlich werden mittels EEG-Umlage auf die Verbraucher abgewälzt.

Wir fordern die ersatzlose Streichung des EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) sowie der Energieeinsparverordnung (EnEV).

Die immer höheren EnEV-Auflagen verteuern den Wohnungsbau und sind so zu einem wesentlichen Faktor für den Anstieg der Wohnungsmieten in Berlin geworden. Unter dem Vorwand der „Klimarettung" werden teilweise unsinnige und schädliche Maßnahmen (Dämmungen, zwangsweiser Austausch von Heizungen, Inspektionszwang für Klimaanlagen) im Gebäudebestand vorgeschrieben.

Die AfD wendet sich entschieden gegen diese Form des „Dämmwahns".

Wir sprechen uns für mehr Wettbewerb und weniger Regulierung auf dem Energiemarkt aus – auch in Berlin. Nur so lässt sich der Energiebedarf der Berliner auf Dauer zuverlässig, kostengünstig und nachhaltig decken.

11. Gesundheit

Weniger Bürokratie, bessere Patientenbetreuung

Berlin ist mit 180.000 Beschäftigten der führende Standort der Gesundheitswirtschaft in Deutschland – mit einer einzigartigen Konzentration und Vernetzung von Wissenschaft, Kliniken und Wirtschaft. Investitionsstaus, Überbürokratisierung und ein unzulängliches Abrechnungssystem gefährden aber die Existenz vieler Einrichtungen.

Wir setzen uns für eine Entbürokratisierung der medizinischen Versorgung und Krankenhausapparate ein, damit sich alle Beteiligten wieder verstärkt ihren originären Aufgaben bei der Pflege und Behandlung der Patienten widmen können.

Prävention, Eigenverantwortung und Pflege

Eine gesunde Lebensführung ist die beste Maßnahme, um steigende Kosten im Gesundheitswesen zu reduzieren. Schon in Kindergärten, Schulen und in der Berufsausbildung ist ein besonderes Augenmerk auf die Themen Ernährung, Gesundheitsvorsorge und Sport zu legen.

Die AfD befürwortet den Ausbau von Präventionsangeboten und die Förderung und Entwicklung der Eigenverantwortung jedes Einzelnen. Die teilweise Finanzierung der Primärprävention (z. B. Yoga- oder Fitnesskurse) durch gesetzliche Krankenversicherungen ist auf in ihrer Wirkung überprüfte Maßnahmen zu beschränken.

Selbstbestimmung und Eigenverantwortung können dann am besten wahrgenommen werden, wenn Transparenz über die tatsächlichen Kosten von Diagnostik und Therapie besteht.

Daher soll jeder Patient in geeigneter Form über die Behandlungskosten informiert werden.

Die Legalisierung von Cannabis und anderen Drogen lehnen wir ab. Die fortlaufende Aktualisierung der im Betäubungsmittelgesetz erfassten gefährlichen „Legal Highs" – vertrieben u. a. als Kräutermischungen (künstliche Cannabinoide) und Badesalze (synthetische Amphetamine) – muss gewährleistet und beschleunigt werden. Bei allen medizinischen Behandlungen, die durch den Konsum von illegalen Drogen notwendig werden, ist, wie in § 52 SGB V vorgesehen, eine Mitfinanzierung durch den Versicherten zu prüfen.

Aus wirtschaftlichen Zwängen wird in medizinischen Einrichtungen Personal eingespart, was in vielen Fällen zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und folglich zu Qualitätseinbußen in der Versorgung führt.

Um dem verbreiteten „Pflegenotstand" entgegentreten zu können, fordert die AfD einen bedarfsorientierten, verbindlichen Mindest-Personalschlüssel für die Pflege.

Das Verhältnis zwischen Arzt und Patient muss auf Vertrauen beruhen. Jeder Versicherte muss das Recht behalten, den behandelnden Arzt frei auswählen zu können. Dies gilt bei planbaren Behandlungen und Operationen. Ausgenommen sind notfallmedizinische Interventionen.

Zukünftige Finanzierung des Gesundheitswesens

Im Hinblick auf die demografische Entwicklung müssen die Finanzierungsgrundlagen und die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen neu geregelt werden, um eine nachhaltige Finanzierung zu sichern. Unter anderem müssen dazu auch alle versicherungsfremden Leistungen einer Prüfung unterzogen werden. So sollten z. B. alle Sozialversicherungsabkommen mit anderen Ländern daraufhin überprüft werden, ob eine paritätische Finanzierung stattfindet, die eine Benachteiligung von Deutschen ausschließt. Dazu gehört auch das deutsch-türkische Gesundheitsabkommen aus dem Jahre 1964. Es regelt die Rechtsstellung türkischer oder deutscher Staatsbürger im jeweils anderen Land. In der Krankenversicherung führen die enthaltenen Regelungen zu einer Besserstellung türkischer Staatsangehöriger. Dies betrifft insbesondere die im deutschen Recht nicht vorgesehene Mitversicherung von Eltern in der Familienversicherung.

Wir sprechen uns für eine Kündigung des deutsch-türkischen Gesundheitsabkommens aus. Im Fall einer Neuregelung müssen die aktuellen Verhältnisse in Europa berücksichtigt und die Benachteiligung deutscher Versicherter abgebaut werden.

Alle notwendigen medizinischen Leistungen, die für Asylbewerber und Migranten ohne Beschäftigung erbracht werden, sind aus Steuermitteln zu finanzieren. Die konkreten Kosten dürfen nicht auf einzelne Länder, Kommunen, Versichertenkollektive oder Leistungserbringer abgewälzt werden. Durch die Zusammenführung der Kostenverantwortung beim Bund werden die entstehenden Kosten transparent.

12. Kultur und Medien

Kulturelles Erbe bewahren, kleinere Einrichtungen gezielt stärken und Subventionen für Großprojekte abbauen

Berlin verfügt über ein vielfältiges und lebendiges kulturelles Erbe, das Verpflichtung und wirtschaftlicher Standortfaktor zugleich ist.

Um dieses reiche Erbe auch zukünftigen Generationen zugänglich und erlebbar zu machen, unterstützt und fördert die AfD Maßnahmen zum Denkmalschutz, zur Denkmalpflege sowie zur Denkmalförderung im gesamten Stadtgebiet.

Wir treten dafür ein, neben dem Erhalt der großen Museen und Bibliotheken auch den Erhalt der lokalen Heimatmuseen und kleinen Stadtteilbibliotheken sicherzustellen.

Kritisch sehen wir die hohen Subventionen, die derzeit in die großen öffentlichen Spielstätten in Berlin fließen.

Wir fordern ausdrücklich, den Erhalt der kleineren Häuser und Stadtteiltheater nicht den großen Spielstätten unterzuordnen.

Die Opernstiftung Berlin wird laut Haushaltsplan 2015 mit insgesamt ca. 135 Mio. EUR gefördert und ist damit das mit Abstand am höchsten geförderte Kulturprojekt Berlins. Hinzu kommen Investitionsausgaben zum Erhalt und zur Sanierung der Häuser.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Subventionierung der Opernstiftung Berlin sukzessive zurückgefahren wird.

Förderung von Musik- und Kunstschulen weiterentwickeln

Die künstlerische und musikalische Ausbildung und Erziehung ist wichtiger Bestandteil einer zukunftsfähigen Kulturlandschaft.

Die AfD setzt sich für eine gesicherte und breite Förderung der Musik- und Kunstschulen in Berlin ein.

Breitensport fördern

Berlin ist eine Stadt des Sports. Neben dem aktiven Leistungssport ist der Breitensport ein zentraler Bestandteil des Berliner Lebens.

Die AfD unterstützt den Berliner Sport auf allen seinen Ebenen und setzt sich gezielt dafür ein, ungenutzte städtische Objekte zu revitalisieren und Sportvereinen zur Verfügung zu stellen.

Sportstätten dürfen nicht zweckentfremdet werden. Die Unterbringung von Flüchtlingen in Turnhallen und sonstigen Sportanlagen lehnen wir ab.

Freies WLAN in der gesamten Stadt

Zu einer modernen Großstadt gehört ein modernes und sicheres Datennetz.

Die AfD fordert, im gesamten Stadtgebiet dauerhaft freies WLAN zur Verfügung zu stellen.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Die AfD strebt die Abschaffung des Rundfunkbeitrags an (GEZ).

Die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten haben sich im Wesentlichen auf die gesetzlich geforderte Grundversorgung zu beschränken.

Die Besetzung der kontrollierenden Rundfunkräte ist dringend zu reformieren und dem Einfluss von Lobbyorganisationen und Parteien zu entziehen.

Soziale Medien

Der Staat darf nicht zu Spitzelei im Internet aufrufen, sich daran beteiligen oder solche Aktionen finanzieren. Das Internet muss frei bleiben.

Pressekodex – Berichterstattung über Straftaten

Die AfD fordert die Streichung der Richtlinie 12.1 im Pressekodex des Deutschen Presserats und die Veröffentlichung aller relevanten Informationen bei der Berichterstattung zu Straftaten, sofern eine Veröffentlichung nicht der Aufklärung der Straftat entgegensteht.

13. Natur und Umwelt

Tierschutz als wichtiges Staatsziel

Der Respekt vor der Schöpfung gebietet es, auch Tiere mitfühlend und würdevoll zu behandeln. Tiere müssen artgerecht gehalten, transportiert und geschlachtet werden. Die industrielle Massentierhaltung genügt diesen Kriterien nicht und ist daher tendenziell abzulehnen. Der Mensch darf nie die Achtung vor seinen Mitgeschöpfen verlieren.

Die AfD bekennt sich zum Tierschutz als einem im Grundgesetz verankerten Staatsziel. Wir setzen uns für umfassende Kontrollen nach den Tierschutzgesetzen und für die konsequente Bestrafung bei Verstößen ein.

Die Wiederbelebung kleinbäuerlicher Strukturen ist zu unterstützen.

Schächten: nicht ohne Betäubung

Die AfD lehnt das qualvolle betäubungslose Schächten von Tieren als unvereinbar mit dem Staatsziel Tierschutz ab. Sie befürwortet hingegen das auch von Muslimen und Juden akzeptierte Schächten mit vorheriger Elektrokurzzeitbetäubung und fordert, die darüber hinausgehende Ausnahmeregelung für Religionsgemeinschaften in § 4a (2) Abs. 2 des Tierschutzgesetztes zu streichen.

Mensch, Umwelt und Natur

Naturschutz beginnt für uns mitten in der Stadt. Mensch, Umwelt und Natur gehören auch in einer Großstadt wie Berlin zusammen.

Parks und Grünflächen müssen wieder gepflegt und instand gehalten werden. Bürgerinitiativen und Vereine sind dabei einzubeziehen.

„Laubenpieper" schützen

Die heute in Berlin noch in großer Zahl zu findenden Kleingartenkolonien sind „grüne Lungen" inmitten der Stadt mit einer z. T. langen Tradition. Sie erhalten, pflegen und schützen kleinstrukturierte Grünflächen. In den letzten Jahren mussten zahlreiche Kleingärten dem Straßen- und Häuserbau weichen.

Die AfD fordert, dass der Erhalt von Kleingartenkolonien besser geschützt wird und dass insbesondere diejenigen Kleingartenkolonien, die bestimmte Naturschutzkriterien erfüllen, indem sie z. B. auf den Einsatz von Pestiziden verzichten, einen besonderen Schutzstatus erhalten.

Die Beseitigung von Kleingärten, um Ausgleichsflächen für Natureingriffe an anderer Stelle zu schaffen, lehnen wir ab.

Erhalt naturnaher Lebensräume in Berlin und seinem Umland

Die einzigartige Situation, dass direkt hinter den Stadtgrenzen Berlins naturnahe Gebiete und dörfliche Strukturen anzutreffen sind, muss als Alleinstellungsmerkmal bewahrt bleiben. Eine großflächige Zersiedelung des Berliner Umlandes ist nicht im Interesse Berlins.

Die AfD setzt sich für die behutsame Weiterentwicklung urbaner Strukturen ein. Statt einer Zersiedelung des Umlandes fordern wir, dass zunächst innerstädtische Baulücken geschlossen werden und alte Fabrikgebäude und -gelände neuen Nutzungsformen zugeführt werden.

Wälder als Naherholungsgebiete für Mensch und Tier

Die meisten Forste in Berlin bestehen noch immer aus Kiefernmonokulturen mit nur sehr eingeschränktem ökologischem Wert. Unserer Auffassung nach hat sich eine moderne Forstwirtschaft in Ballungsgebieten nicht in erster Linie an Wirtschaftlichkeitsprinzipien, sondern an ökologischen Anforderungen zu orientieren.

Deshalb fordern wir die Schaffung naturnaher Mischwälder durch vermehrtes Anpflanzen unterschiedlicher heimischer Baumarten sowie den Erhalt und die Pflege von Wanderwegen, damit unsere Wälder als Naherholungsgebiete für jedermann erlebbar werden.

Havel und Spree müssen sauberer werden

Bei sehr starkem Regen werden die verschmutzten Abwässer Berlins bis heute ungeklärt in die Spree, die Havel und den Landwehrkanal geleitet, was dort zu negativen Folgen für Flora und Fauna führt.

Die AfD fordert ein Investitionspaket zur Reinhaltung unserer Gewässer. Dafür ist die alte Mischkanalisation nach und nach durch eine modernere Trennkanalisation zu ersetzen. Die Kapazität der Regenrückhaltebecken ist kurzfristig zu vergrößern.

Ein großes Problem ist die Belastung der Spree durch Sulfat und Eisenocker, die durch den Braunkohleabbau in der Lausitz eingeschwemmt werden.

Die AfD fordert, die Verursacherfirma Vattenfall an den Kosten der Trinkwasseraufbereitung und des Gewässerschutzes zu beteiligen und die Einleitung von Sulfat und Eisenhydroxid zu verringern.

Rekultivierung des Grunewaldsees

Der Grunewaldsee und die umliegenden Waldflächen sind durch Übernutzung in einem traurigen Zustand. 2014 wurde der See aus hygienischen Gründen für Menschen gesperrt.

Wir fordern wirksame Maßnahmen zur Rekultivierung des Sees und der angrenzenden Waldflächen.

Für eine ökologisch nachhaltige Laubbeseitigung

Benzinbetriebene Laubbläser belasten die Umwelt mit einer Lautstärke von bis zu 115 Dezibel und stören damit in einem großen Radius massiv Mensch und Tier. Außerdem werden Klein- und Kleinstlebewesen getötet, die für das Ökosystem der Stadt wichtige Funktionen übernehmen.

Wir setzen uns dafür ein, dass BSR und Grünflächenämter in Zukunft nur noch Akku-Laubsauger mit einer deutlich verringerten Dezibel-Zahl anschaffen dürfen. Alternativ sollen wieder verstärkt herkömmliche Handrechen eingesetzt werden.

Berlin, 4. April 2016

Die AfD braucht mehr Mitglieder und Ihre Spende

Sie sind neugierig auf die AfD und ihre Kandidaten geworden? Dann schauen Sie sich unsere Website **afd-berlin.de** und unser Facebook-Seite **facebook.com/afdberlin** an.

Sie wollen uns im Wahlkampf finanziell unterstützen und dazu beitragen, dass wir weiterhin erfolgreich für Ihre Interessen eintreten können? Hier finden Sie die notwendigen Informationen darüber, wie Sie für die AfD **spenden** und zugleich Steuern sparen können (**afd-berlin.de/spenden**). Denn der Gesetzgeber begünstigt Spenden für politische Parteien. Jede Spende hilft!

AfD – Landesverband Berlin
Berliner Sparkasse
IBAN: DE88 1005 0000 0190 2170 22
BIC: BELADEBEXXX

Sie wollen uns nicht nur wählen, sondern auch bei uns **mitmachen**? Darüber freuen wir uns ganz besonders. Schon mehr als 1.000 Bürger sind in der AfD Berlin aktiv. In den Bezirken und auf Landesebene treffen wir uns regelmäßig, um über politische Themen zu diskutieren, gemeinsam Beschlüsse zu fassen und bei den Bürgern für die AfD zu werben. Jede Stimme für die AfD ist gut, aber Politik ist mehr als die Wahl der richtigen Partei. Werden Sie **Mitglied** in der AfD. Senden Sie uns einfach die beigefügte Postkarte und wir werden uns mit Ihnen in Verbindung setzen. Wir laden Sie gerne zu einem Kennenlerntreffen ein, bei dem wir mehr von Ihnen und Sie mehr von der AfD erfahren können.

Alternative für Deutschland

Landesverband Berlin

AfD Landesverband Berlin
Schillstraße 9
10785 Berlin

Tel: +49 (0) 30-265 583 7 21
E-Mail: geschaeftsstelle@afd-berlin.eu
Internetseite: www.afd-berlin.de

Facebook: facebook.com/afdberlin
Twitter: twitter.com/AfDBerlin
Youtube: www.youtube.com/user/AlternativeFuerDE